

# Stenographisches Protokoll

25. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode  
Dienstag, 2. Dezember 2014

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 2390)

**Aktuelle Stunde** (S. 2396)

Antragsteller: F-Klub

Thema: „Aufklärung der politischen Verantwortung im HCB-Umweltskandal“

Redner: Mag. Leyroutz (S. 2396), Seiser (S. 2397), Wieser (S. 2398), Dipl.-Ing. Johann (S. 2399), Rutter (S. 2401), Korak (S. 2402), Mag. Ragger (S. 2403), Leikam (S. 2404), Dipl.-Ing. Benger (S. 2405), Holub (S. 2406), Pirolt (S. 2407), Dr. Prettnner (S. 2408), Ing. Hueter (S. 2409), Mag. Dr. Lesjak (S. 2411), Mag. Dr. Kaiser (S. 2412)  
Zur tatsächlichen Berichtigung: Ing. Hueter (S. 2413)

Zur Geschäftsordnung gem. § 64 in Verbindung mit § 32 Abs. 1 K-LTGO: Dr. Prasch (S. 2413)

**Ldtgs.Zl. 51-7/31:**

Antrag zur Geschäftsbehandlung von Abgeordneten des F-Klubs, des TS und des BZÖ betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung sämtlicher Vorgänge, Handlungen und Ereignisse in der Landesverwaltung rund um die HCB-Umweltcausa im Görtscitztal sowie im Hinblick auf die Donau Chemie

Zur tatsächlichen Berichtigung: Mag. Leyroutz (S. 2414)

Zur Geschäftsordnung: Seiser (S. 2414)

Zur Geschäftsordnung: Lobnig (S. 2414)

Einstimmige Annahme (S. 2414)

**Tagesordnung** (S. 2416)

**Ldtgs.Zl. 177-28/31:**

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2015 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2015, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2015 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (1. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG

Einbegleitung durch die Finanzreferentin

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin  
Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 2416)

**Mitteilung des Einlaufes** (S. 2426)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 2426)

B) Schriftliche Anfragen (S. 2426)

**Beginn:** Dienstag, 02.12.2014, 14.09 Uhr

**Ende:** Dienstag, 02.12.2014, 17.47 Uhr

**Beginn der Sitzung: 14.09 Uhr**

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Ing. Rohr**,  
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident  
**Lobnig**

**A n w e s e n d :** 34 Abgeordnete

**E n t s c h u l d i g t :** **Staudacher, Ing. Schabus**

**Bundesräte: Blatnik, Novak, Dörfler, Poglitsch**

**Mitglieder der Landesregierung:** Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

**Schriftführer: Mag. Dr. Primosch**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! – Auch die Regierungsmitglieder sind gebeten, ihre Plätze einzunehmen! – Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 25. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese hiermit! Ich begrüße im Besonderen die Mitglieder der Landesregierung, es sind der Landeshauptmann, seine beiden Stellvertreterinnen und alle weiteren Regierungsmitglieder vollzählig anwesend! Ich begrüße die Mitglieder des Amtes, den Herrn Landesamtsdirektor Dr. Platzer, den Herrn Landesamtsdirektor-Stellvertreter DDr. Matschek, den Stellvertretenden Leiter des Rechnungshofes, Herrn Mag. Krassnitzer, und ich bedanke mich schon vorab auch beim Leiter der Verfassungsabteilung, dass er mir heute bei der Sitzung anstelle des Landtagsdirektors auch in der Funktion als Assistent für rechtliche Angelegenheiten zur Verfügung steht! Herr Dr. Primosch, herzlichen Dank, dass Sie diese Aufgabe wahrnehmen! Ich darf sehr herzlich begrüßen die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die teilweise persönlich anwesend

sind oder auch via Livestream die Sitzung mitverfolgen! Natürlich auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer auf unserer Zuhörergalerie! Da darf ich im Besonderen begrüßen eine Abordnung des BRG Viktring, in Begleitung von Herrn Mag. Prof. Richard Doujak, zehn Schülerinnen und Schüler sind anwesend, sowie natürlich das interessierte Publikum, das teilweise auch über die neuen Medien diese Sitzung mitverfolgt! Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Frau Abgeordnete Ing. Karin Schabus und der Herr Abgeordnete Christoph Staudacher. Es wurde in der Präsidiäle, am 24.11.2014 – also schon vor der vorangegangenen Landtagsitzung – vereinbart, dass im Zuge der Budgeteinbegleitung keine Dringlichkeitsanträge und Dringlichkeitsanfragen eingebracht werden. Ich darf mich besonders bedanken – wer heute aufmerksam über den Landhaushof gegangen ist, der hat gesehen, dass ein schmucker Weihnachtsbaum für die Dauer der Adventzeit unseren Landhaushof ziert – beim Herrn Bürgermeister und Abgeordneten der neuen Marktgemeinde Magdalensberg, er hat auf meine Bitte hin auch als kleines Danke diesen Christbaum im Landhaushof gespendet! Herr Abgeordneter Scherwitzl, danke dir, deinen Gemeinderäten und allen, die mitgeholfen haben, dass dieser Christbaum hier steht! (*Beifall im Hause.*) Es gibt dazu ja auch den Stillen Advent im Landhaushof. Die Medien berichten darüber, die erste Veranstaltung wird am 5. Dezember – das ist der kommende Freitag – um 18.00 Uhr stattfinden. Wenn Sie in der Gegend sind, sind sie natürlich auch herzlich eingeladen, diese Veranstaltungen zu besuchen!

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr zum Beginn der Sitzung und ich komme zur Aufrufung der Fragestunde.

## Fragestunde

Die erste Anfrage

### 1. Ldtgs.Zl. 103/M/31:

**Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Lesjak an Landesrat Dipl.-Ing. Benger**

ist aufgerufen. Ich bitte Sie, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Präsident! Ich ziehe die Anfrage zurück!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Anfrage ist zurückgezogen, wie mir die Frau Abgeordnete Lesjak mitteilt. Dann ist sie damit erledigt. Dann kommen wir zur zweiten Anfrage:

## 2. Ldtgs.Zl. 104/M/31:

### Anfrage des Abgeordneten **Ing. Hueter** an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich darf ihn ersuchen, diese Anfrage zu stellen! Moment, ich muss noch schnell das Mikrofon einschalten! Der Ton ist offen. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe vollzählige Regierungsbank! Geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne! Meine Anfrage an die Gemeindereferentin ist eigentlich beziehungsweise auf die Ausführungen in der letzten Landtagssitzung. Ich habe diesbezüglich die schriftliche Anfrage gestellt, eben über die Gemeindeordnung bzw. über Ordnung innerhalb der Gemeinden. Überall im Leben gibt es Richtlinien, an die man sich zu halten hat. In der Straßenverkehrsordnung gibt es die StVO, in der Gemeinde gibt es die AGO und Ludwig XIV. hat gesagt: „Der Staat und das Gesetz bin ich!“.

Ich hoffe nicht, dass wir in diese Steinzeit zurückfallen, deswegen ist das, was in der Gemeinde Stall im Mölltal passiert, ist nicht etwas, dass man zur Tagesordnung übergehen kann, weil hier der Kontrollausschuss schon mehrmals und des Öfteren an seiner Kontrollfunktion gehindert worden ist. Natürlich gibt es da mehrere Sichtweisen. Ich kenne auch die Liebesbriefe des Bürgermeisters, ich kenne aber auch die andere Seite sehr genau. Es ist auch nicht das erste Mal, dass es in der Gemeinde Stall im Mölltal zu Ungereimtheiten kommt. Die Staatsanwaltschaft ist drauf, die Volksanwaltschaft ist drauf, die Gemeindeaufsicht ist dahinter. In Zukunft wird sich höchstwahrscheinlich auch noch der Landtag des Öfteren mit dieser Materie befassen müssen, deshalb habe ich mir erlaubt, die Frage an Sie, geschätzte Gemeindereferentin, zu stellen:

Welche Konsequenzen setzen Sie als zuständige Gemeindereferentin aufgrund der aktuellen gemeinderechtlichen Verstöße des Bürgermeisters in der Gemeinde Stall im Mölltal?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut, ich bitte um Ihre Antwort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Abgeordnete! Geschätzte Zuhörer! Sehr geehrter Herr Fragesteller! Dieses Thema haben wir bereits bei der letzten Landtagsdebatte umfassend erörtert, wo es um die Neufassung der AGO in Kärnten ging. Ich wiederhole aber meine Ausführungen gerne nochmals zum Verständnis, dass die AGO für alle – und ich betone, für alle! – Mandatarinnen und Mandatare einer Gemeinde gilt. Wenn Sie die Gemeinde Stall ansprechen, in meine Zeit als Gemeindereferentin seit April 2013 fallen drei Aufsichtsbeschwerden, von denen zwei mit Erledigungen der Aufsichtsbehörde abgearbeitet wurden, an. In den ersten beiden Fällen hat sich der Vizebürgermeister stets im Zusammenhang mit behaupteten Übertretungen der AGO seitens des Bürgermeisters an die Gemeindeaufsichtsbehörde gewandt. Bei diesen beiden Beschwerden aus dem Jahr 2014 ist eine eingehende Überprüfung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde erfolgt und man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das behauptete Fehlverhalten des Bürgermeisters nicht vorgelegen hat, im Gegenzug der beschwerdeführende Vizebürgermeister selbst seine Kompetenzen mehrmals überschritten hatte. Zum Beispiel wurde durch ihn ein Rechtsanwalt beauftragt, ohne dass es dazu entsprechende Beschlüsse des Gemeinderates gegeben hat.

In Ihrer nunmehrigen Anfrage nehmen Sie Bezug auf eine Aufsichtsbeschwerde aus dem November 2014. Dazu darf ich ausführen: Der Vizebürgermeister und der Obmann des Kontrollausschusses behaupten in dieser Beschwerde, dass für 11. November 2014 zu einer ordnungsgemäßen Sitzung des Kontrollausschusses eingeladen worden wäre, der Bürgermeister diese aber

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

verhindert hätte, indem er am Sitzungstag das Gemeindeamt abgesperrt habe, sodass die Sitzung in einem privaten Gebäude stattfinden hätte müssen. Die Fachabteilung hat dazu eine Stellungnahme des Bürgermeisters der Gemeinde Stall eingeholt, die vor wenigen Tagen eingelangt ist und von den Beschwerdebehauptungen – man muss immer beide Seiten anhören – stark abweicht. (*Abg. Mag. Leyrouz: Hört! Hört!*) Der Bürgermeister der Gemeinde Stall weist darauf hin, dass von der behaupteten, mehrmaligen Behinderung des Kontrollausschusses nicht die Rede sein könne, weil der Kontrollausschussobmann im laufenden Jahr erst eine einzige Sitzung durchgeführt hat und sowohl im zweiten als auch im dritten Quartal 2014 überhaupt keine Sitzungen aber auch keine Initiativen in diese Richtung seitens des Kontrollausschussobmannes stattgefunden hätten. Der Kontrollausschussobmann hätte dann am 5.11.2014 die Finanzverwalterin ersucht, für den 11.11. zu einer Sitzung einzuladen. Die Kollegin befand sich zu diesem Zeitpunkt auf Prüfungsurlaub und hat daher ersucht, die Sitzung zu einem späteren Termin durchzuführen. Auf diese Antwort hat der Kontrollausschussobmann nach Aussagen der Gemeinde nicht reagiert, woraufhin der Amtsleiter am 10.11. mitgeteilt hat, dass die für 11.11. angesetzte Kontrollausschusssitzung nicht durchgeführt werden kann und erst ab dem 24.11.2014 nach Rückkehr der Finanzverwalterin aus dem Prüfungsurlaub stattfinden könnte. Der Kontrollausschussobmann hat daraufhin am 11.11., das heißt, am Tag der Sitzung, insofern reagiert, dass er eine E-Mail, jedoch nicht an alle Mitglieder des Kontrollausschusses, sondern lediglich an zwei übermittelt hat, dass die Sitzung in den Privaträumlichkeiten seines Hauses in seinem Privatbüro stattfinden solle. Bei der Sitzung des Kontrollausschusses waren nur zwei Mitglieder anwesend, der Obmann und ein weiteres Mitglied. Diese unerfreulichen Abläufe werden jetzt von der Gemeindeabteilung als Aufsichtsbehörde überprüft und dann eine entsprechende Bewertung und Beurteilung vorgelegt.

Wie ich schon erwähnt habe, einige Feststellungen kann man jedenfalls treffen. Wenn der Obmann des Kontrollausschusses eine Sitzung durchführen will, dann steht es weder dem Bürgermeister noch sonst jemandem zu, eine Sitzung des Kontrollausschusses zu untersagen.

Wenn ich als Kontrollausschussobmann eine Sitzung einberufen möchte, dann muss ich das ordnungsgemäß nach den Vorschriften der AGO tun, deshalb steht im konkreten Fall in Zweifel, ob es überhaupt eine korrekte Einladung zur Kontrollausschusssitzung gegeben hat. Ich kann nur noch einmal betonen, wenn einerseits das Agieren des Bürgermeisters scharf kritisiert wird, so darf ich darauf hinweisen, dass die AGO für alle, auch für den Obmann des Kontrollausschusses und für den Vizebürgermeister gilt. Ich werde als Gemeindereferentin darauf achten, dass sowohl die Tätigkeit des Kontrollausschusses ungestört durchgeführt werden kann, aber auch der Obmann des Kontrollausschusses (*Vorsitzender: Noch 30 Sekunden!*) seinen Verpflichtungen zur Sitzungseinberufung entsprechend nachkommt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke schön! Gibt es den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Von der SPÖ der Abgeordnete Scherwitzl. Ich bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Zunächst eine Bemerkung: Gar so hoch dürfte ja das Kontrollinteresse der Gemeinde Stall an den eigenen Organen nicht sein, wenn der Kontrollausschuss bis Anfang Dezember erst eine Sitzung durchgeführt hat, aber das ist nur eine Randbemerkung. Wir wissen alle, dass am 1. März 2015 in Kärnten Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen stattfinden.

Können Sie als zuständige Referentin einen Anstieg von Aufsichtsbeschwerden in den einzelnen Kärntner Gemeinden seitens der Oppositionsparteien feststellen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, um Ihre Antwort!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist tatsächlich ein Anstieg der Aufsichtsbeschwerden festzustellen. Ich glaube aber nicht, dass ein direkter Zusammenhang zu anstehenden Wahlen der Grund dafür ist. *(Heiterkeit im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Zusatzfrage beantwortet. Wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Fragesteller noch die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen! Er wünscht dies offensichtlich. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Jawohl, ich nehme von der Möglichkeit der Zusatzfrage Gebrauch. Natürlich kann man jetzt über vieles streiten. Ungereimtheiten sind, glaube ich, in der Gemeinde Stall des Öfteren, nicht das erste Mal, aufgefallen. Es ist nicht rein zufällig, dass der Amtsleiter wegen „Burnout“ ausgeschieden ist und dass jetzt wieder eine Sekretärin leider Gottes die Gemeinde verlassen hat. Freilich kann man das jetzt in Richtung Gemeinderatswahl sehen. Aber der Anlassfall war ganz klar, dass der Kontrollausschuss vor verschlossener Tür gestanden ist. Das, glaube ich, kann nicht sein, deswegen meine Zusatzfrage – und die stelle ich an Sie als Juristin:

Sehen Sie als Juristin und Gemeindereferentin im Verhalten Ihres SPÖ-Bürgermeisters einen Amtsmissbrauch, ja oder nein, und gleich vorweg, wenn nein – darf Ihrer Ansicht nach jeder Bürgermeister in seiner Gemeinde künftig dieselbe Vorgangsweise wählen, ohne gegen jegliche gesetzliche Bestimmungen der AGO zu verstoßen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, um Ihre Antwort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Ich darf Sie jetzt vielleicht in Ihrer Funktion als Bürgermeister ansprechen. Die AGO gilt für alle! Ohne Ansehung der Person oder der politischen Zugehörigkeit werde ich als Aufsichtsbehörde alle Vorgänge kontrollieren, aber als Gemeindereferentin ohne Ansehung der Person und ohne Ansehung der politischen Zugehörigkeit mich auch vor jeden meiner Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen, wenn unzutreffende Behauptungen aufgestellt werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. Wir kommen zur dritten Anfrage:

### 3. Ldtgs.Zl. 105-M/31:

#### Anfrage des Abgeordneten **Pirolt** an Landesrat **Dipl.-Ing. Benger**

Ich bitte den Abgeordneten, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Hoher Landtag! Werte Regierungsbank! Herr Präsident! Werte Zuhörer! Dass sich die Landwirtschaft, im Speziellen die Milchproduktion, in einem Verdrängungswettkampf befindet, ich glaube, das ist nicht zu übersehen. Das weist auch der Grüne Bericht aus, was die Investitionsmaßnahmen anbelangt. Herr Landesrat:

Wie schätzen Sie die mengen- und preismengenmäßige Entwicklung in der Kärntner Milchwirtschaft nach dem 1.4.2015 (Auslauf der Milchquote) ein?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich bitte den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Benger um seine Antwort!

Landesrat **Dipl.-Ing. Bengler** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Geschätzte Damen und Herren! Zunächst muss ich an dieser Stelle einmal einen Blick zurück machen. Wie schaut die Kärntner Milchproduktion aus? Hier gibt es die statistischen Zahlen aus dem Jahre 2013. Da hatten wir 2.546 Betriebe mit einer Milchquote im Ausmaß von 191.620 Tonnen. Davon entfielen 184.570 Tonnen auf die A-Quote für die Lieferungen an die Molkereien und 7.050 Tonnen auf die B-Quote für die Direktvermarktung. Die durchschnittliche Leistung je Betrieb betrug 81,2 Tonnen. Von den 33.791 in Kärnten gehaltenen Milchkühen stehen 25.306 unter der Milchleistungskontrolle des Landeskontrollverbandes, was einen sehr guten Service für unsere Betriebe darstellt. Die durchschnittliche Jahresleistung je Milchkuh betrug in Kärnten 6.388 Kilogramm Milch. Die Zahlen belegen, dass es sich um einen sehr starken Sektor handelt und dass eine große Bedeutung der Milchwirtschaft ist. Das EU-weite Auslaufen der Milchquote ist schon sehr, sehr lange bekannt, genau genommen stammt diese aus dem Jahre 2003. Die Reaktion auf die österreichische und damit auch auf die Kärntner Landwirtschaft ist ganz klar gegeben. Es ist eine Herausforderung. Die speziellen Informationsschwerpunkte, die auch im Zusammenhang mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft seit Jahren hier gefahren werden, gehen genau auf diese Herausforderung ein. Auch die Molkereien haben reagiert und die Richtwerte über Privatverträge ausgegeben, um vorausschaubare Liefermengen zu haben. Natürlich ist jeder Wechsel von Rahmenbedingungen für jeden Betrieb eine Herausforderung. Der Markt bewegt sich. Dieser Markt ist aber nicht nur eine Bedrohung, sondern kann auch eine Chance darstellen. Unsere Betriebe und auch die Molkereien sind sehr verlässliche Partner in der Wertschöpfungskette Milch und machen sich fit für das Quotenende. Sie reagieren darauf und setzen entsprechende betriebliche Maßnahmen. Die Möglichkeiten, die ein landwirtschaftlicher Betrieb hat, sind einerseits die Analyse des Betriebes als solches: Wie ist er aufgestellt? Wie sind die Begebenheiten, die Flächenausstattung, die Milchleistung, die Stallgröße, die Kostenstruktur, die er hat? Hier findet auch entsprechende Beratung seitens der Kammer für Land- und Forstwirtschaft statt. Je nachdem, wo Optimie-

rungsbedarf gegeben ist, können dann entsprechende Entscheidungen fallen, um die Schwachpunkte auszuräumen.

Eines gilt hier auch noch, um das ganz deutlich hervorzuheben: Der unbedingte Wille zur Qualität und zur Regionalität ist die Grundvoraussetzung, dass weiterhin in unserer Landschaft, in unserer Kleinstrukturiertheit erfolgreich Milchwirtschaft am Markt stattfinden kann. Lassen Sie mich noch eines dazu sagen, warum so viele Betriebe die Milchquote als Belastung gesehen haben: Ja, klar, um zu wachsen, haben sie dafür den nötigen Quotenkauf finanziert. Diese Finanzierung belastet sie heute.

Aber um zu Ihrer Frage zu kommen: Da die Kärntner Milchwirtschaft natürlich mit der österreichischen, aber auch mit der europäischen und der weltweiten Milchwirtschaft sehr eng verflochten ist, können keine seriösen Aussagen gemacht werden, wie die künftige Entwicklung der Milchlieferung sein wird. Es gibt keine wirklichen Bezugswerte, was die Preisbildung betrifft. Bitte, haben wir im Kopf, dass wir am internationalen Markt mit unserer Kärntner Milch einen sehr, sehr kleinen Aspekt ausmachen. Die Kärntner Milch macht in Österreich 6 Prozent aus, die österreichische in Summe am europäischen Markt 1 Prozent. Jede Schätzung ist Mutmaßung, bringt nur Verunsicherung einerseits für Konsumenten, andererseits für Produzenten. Dies ist nicht zielführend, daher wird von solchen Dingen abgesehen. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! – Der Redner nimmt Platz. – Danke schön, das war es! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es noch Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfrager noch die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Ist das gewünscht? – Ja!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Herr Landesrat, Sie haben ausgeführt, dass der unbedingte Wille zur Qualitätsproduktion bei Ihnen aufrecht ist. Na ja, mit dem Krisenmanagement im Görttschitztal sieht es da etwas

**Pirolt**

anders aus. Aber trotzdem noch einmal die Frage in dieselbe Richtung:

Welche Maßnahmen sind denn geplant, um die Milchproduktion insbesondere in den Berggebieten aufrecht zu erhalten, die sich angesichts der gleichzeitigen Abschaffung der Mutterkuhprämien am Ende ja negativ auswirken wird?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat, um entsprechende Beantwortung, falls möglich! Bitteschön!

Landesrat **Dipl.-Ing. Bengler** (ÖVP):

Der Wille zur Qualität, der unbedingte Wille, hohe Qualität zu liefern, ist die Antwort auf die andernorts stattfindende quasi industrielle Milchproduktion. In unserer kleinräumigen Landwirtschaft ist dies die einzige Möglichkeit, hier zu überleben. Aber weil Sie gerade das aktuelle Beispiel vom Görtschitztal ansprechen: Ich darf Ihnen verkünden, dass in den letzten Tagen Proben gezogen wurden und von den 31 bis dato vorliegenden Ergebnissen 22 Betriebe – ich habe bei der Regierungs-PK noch 21 genannt, jetzt sind es 22 Betriebe – kurz vor der Sitzung freigegeben worden sind. Diese Milch kann wieder in den Markt kommen, diese Milch ist unbedenklich, die restlichen 9 Betriebe sind weiter unter Beobachtung. Der Wille zur Qualität, der Wille zu regionalen Lebensmitteln ist die Antwort auf die international stattfindende industrielle Lebensmittelproduktion. Nur diese Antwort kann zum Erfolg führen, daher wird dieser Weg auch gegangen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Fragesteller stellt der Abgeordnete Mag. Schalli die Frage an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut.

**4. Ldtgs.Zl. 106/M/31:**

**Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Zweite Landeshauptmann-**

**Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Schalli**:

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Meine Frage bezieht sich auf eine Problematik, die in den letzten Jahren vermehrt auf die Kärntner Schischulen zugekommen ist. Es ist vermehrt feststellbar gewesen, vor allem im letzten Jahr, dass ausländische Schilehrer als Freiberufler hier zu Dumpingpreisen ihre Dienste dem Kärntner Gast angeboten haben. Daraus resultiert meine Frage:

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig! Was werden Sie gegen die Problematik der unregulierten Tätigkeit ausländischer Schilehrer, insbesondere aus Slowenien und Ungarn kommend, die in Österreich keine Steuern zahlen und somit zu Dumpingpreisen ihre Dienste anbieten können, unternehmen, um die Schischulen in Kärnten zu schützen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin um ihre Beantwortung!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, dieser Bereich fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich. Ich habe gebeten, dass Ihnen das mitgeteilt wird, aber offensichtlich ist das nicht erfolgt.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Gibt es eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Auch vom Anfragersteller nicht? *(Abg. Mag. Schalli verneint.)* Damit ist die Anfrage beantwortet. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, nachdem der Abgeordnete Staudacher nicht anwesend ist, wird die Landtagsanfrage

**Ing. Rohr**

**5. Ldtgs.Zl. 107/M/31:**

**Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

nicht aufgerufen und sie gebeten, diese Anfrage entsprechend schriftlich zu beantworten. Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben wir die Fragestunde absolviert. Wir kommen zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag seitens des Freiheitlichen Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ-Landtagsfraktion an der Reihe. Das Thema lautet, „Aufklärung der politischen Verantwortung im HCB-Umwelt-skandal“. Wir haben 14.34 Uhr und starten damit die Aktuelle Stunde. Ich darf als ersten Redner den Klubobmann Mag. Leyroutz ans Rednerpult bitten!

Menschen im Görtschitztal mit ihren Sorgen und Ängsten allein gelassen werden, dass die Menschen im Görtschitztal mit einer Desinformati-onspolitik ersten Ranges weiter verunsichert werden und dass die vorgenannten Politiker nur um Schadensbegrenzung im Hinblick auf ihre eigene Person, aber nicht um die Schadensbe-grenzung für die Bevölkerung bemüht sind.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz (F):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause! Ich möchte noch kurz eine Begrüßung nachholen und auch den Herrn Betriebsrat der Donau Chemie begrüßen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rekordarbeitslosigkeit in Kärnten mit einer Arbeitslosenquote von 11,2 Prozent, niedrigste Quote der Beschäftigung, erste Streiks und ein Chaos im Gesundheitsbereich reichen heute nicht mehr aus, um im Kärntner Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu diskutieren. Meine Damen und Herren, es kommt nämlich noch schlimmer! Es hat uns ein Umweltskandal mit derzeit offenem Ausgang getroffen und das spiegelt leider die Realität in diesem Land wider. Viel hat man vor dem 1. März 2013 gesprochen von einer Änderung der Politik, von Transparenz, von einer Zukunftscoalition und jetzt stellt sich heraus, dass diese Koalition keine Zukunft hat. Denn wie man hier von Seiten der Verantwortlichen, von Seiten des Herrn Landeshauptmannes, von Seiten der Gesundheitsreferentin und damaligen Umweltreferentin und von Seiten des zuständigen Landwirtschaftsreferenten mit der aktuellen Krise, mit den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung umgeht, ist nicht nur besorgniserregend, das ist schlichtweg skandalös und ist auch nicht mehr tolerierbar! Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht tolerierbar, dass die

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hat wann wovon gewusst? Das ist die große Streitfrage, in der sich Holub, Benger, Prettnner und Kaiser den Ball hin- und herschieben. Am Ende des Tages wird es vollkommen unerheblich sein, wer wann was gewusst hat, sondern es wird darauf ankommen, wer wann was unternommen hat. Und wenn wir uns die ganze Dimension dieser Angelegenheit ansehen und diese auch genauer betrachten, dann ist genau im Zeitraum vom 25. März dieses Jahres, wo das erstmalige Auftreten von HCB bekannt geworden ist – aber eben auch nur in einer Abteilung – bis zum 7. November, an dem die Blaukalkverbrennung eingestellt wurde, somit über sieben Monate nichts passiert. Trotz des Umstandes, dass bekannt war, dass in Milchproben sowie in einigen Futterproben aus dem Görtschitztal überhöhte Rückstände von HCB nachgewiesen wurden, ist nichts passiert. Über sieben Monate wurde die Blaukalkverbrennung fortgesetzt und es wurde im Görtschitztal das Umweltgift HCB, das schwere Erkrankungen hervorrufen kann und deshalb bereits 1982 verboten wurde, weiter eingebracht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sieben Monate lang war die Agrarabteilung des Landes Kärnten für die ÖVP und hier namentlich Herr Benger verantwortlich, in Kenntnis dieses Umstandes, auch die Landwirtschaftskammer Kärnten war in Kenntnis dieses Umstandes, zumal ja die Agrarabteilung gebeten wurde, fachkundige Personen zu Rate zu ziehen, um Bodenproben zu untersuchen. Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über das Auftreten



**Mag. Leyroutz**

eines Umweltgiftes, das in unsere Natur eingebracht wurde und die Agrarabteilung und die politisch Verantwortlichen unternehmen sieben Monate nichts. Die damalige Umweltreferentin genehmigte einen Bescheid, mit dem das bekannt gefährliche Gift verbrannt werden darf und ordnet keine Messungen an. Gift zu verbrennen und nicht zu messen ist unverantwortlich, und das ist nicht nur leicht fahrlässig, das ist eine Gefährdung unserer Umwelt. Die Reaktion dieser beiden Politiker, Benger und Prettner: Auf der einen Seite Polemik durch Milchtrinken bei Bekanntwerden des Skandals und auf der anderen Seite bei der jetzigen Gesundheitsreferentin Partybilder in Facebook, während die Bevölkerung im Görttschitztal nicht weiß, ob die Sandkästen, in denen die Kinder gespielt haben, verseucht sind oder das Gemüse vergiftet ist. Das ist das Verantwortungsbewusstsein unserer Gesundheitsreferentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Desinformationspolitik durch Beschwichtigung durch den Landeshauptmann am Montag auf einer Pressekonferenz auf der einen Seite, ernste Worte durch Agrarreferenten (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) mit dem Hinweis, dass zumindest drei Betriebe massive Überschreitungen aufweisen, auf der anderen Seite. Was soll die Bevölkerung denken? Meine sehr geehrten Damen und Herren, um genau die Wahrheit herauszufinden, um endlich Aufklärung zu betreiben, wer für diesen Skandal verantwortlich ist, wird dieser Landtag einen Untersuchungsausschuss beschließen, und Ziel und Aufgabe wird sein, herauszufiltern, wer die politische, wer die fachliche Verantwortung für dieses Totalversagen der Politik trägt, wann das Land Kärnten (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) erstmals informiert wurde und welche Maßnahmen bei Erstinformation sofort ergriffen hätten werden müssen, um Schaden abzuwenden. Ich schließe mit den Worten: Wo diese Zukunftscoalition drauf steht, ist Chaos drin! (*Beifall von der F-Fraktion und Abg. Mag. Schalli.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Herwig Seiser. Bitte ihn, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn es einen Verkehrsunfall gibt, dann leistet man zuerst Hilfe und dann fragt man nach dem Verursacher. In der Freiheitlichen Partei ist das offensichtlich anders, da wird zuerst nach dem Verursacher (*Abg. Mag. Leyroutz: Sieben Monate keine Messung!*) gerufen, ohne im Blickwinkel zu haben, wie es mit der Bevölkerung da oben im Tal aussieht. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Ich bin sehr froh, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass unser Landeshauptmann nicht in dieses Gezeter der gegenseitigen Schuldzuweisungen eingestimmt hat und das einzig Richtige getan hat, was momentan das Gebot der Stunde ist – Information zu bieten, um so den Menschen Sicherheit und um so den Menschen in letzter Konsequenz auch Hilfe zu bieten. Denn das ist das Einzige, was die Menschen da oben jetzt brauchen, Information und Hilfe. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Görttschitztal, nicht nur im Görttschitztal, sondern überall, haben einen erklecklichen Beitrag zu dieser Altlastensanierung geliefert, von der Donau Chemie bis hin zum Wietersdorfer Werk. Die Steuerzahler haben daher auch ein Recht darauf, zu erfahren, was hier passiert ist, ob hier gesundheitschädigende Stoffe freigesetzt wurden und in welchem Ausmaß sie freigesetzt wurden. Und wir waren die Ersten, Herr Kollege Leyroutz, die einem selbstverständlich gerechtfertigten Untersuchungsausschuss sofort zugestimmt haben und auch heute hier zustimmen werden, denn Aufklärung ist ebenfalls das Gebot der Stunde. Nur, wie gesagt, wir sprechen zuerst über die Hilfe für die Görttschitztaler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, weil das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist ein geplagtes Tal. Das ist ein geplagtes Tal! Es ist die Industrie im Görttschitztal nicht nur Segen gewesen für die Bevölkerung da oben, sondern es gibt in sehr vielen Familien Opfer von Asbestunfällen, Opfer von Chlorunfällen und so weiter und so fort. Und jetzt gibt es diesen HCB-Skandal und man sollte die ohnehin leidende Bevölkerung da oben nicht weiter mit irgendwelchen politischen Plänkeleien verunsichern oder gar verhöhnen, Herr Kollege Leyroutz! Hier geht es um schnelle Hilfe! Und das wurde getan! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Herr Kollege, ich verstehe Sie ja, die

**Seiser**

Opposition muss, auch wenn es noch so geschmacklos ist, aus jeder Angelegenheit, auch wenn es ein hochgefährlicher Störfall ist, geschmackloses Kleingeld ernten! Ich verstehe Sie ja! (*Abg. Mag. Leyroutz: Geschmacklos ist, sieben Monate untätig zu sein, sieben Monate nicht zu messen!*) Es werden einige Fragen zu stellen sein, die wahrscheinlich auch Ihre Verantwortung oder zumindest die Verantwortung von ehemaligen FPÖ-Regierungsmitgliedern treffen wird, die Frage nämlich, ob die Behörde den Überwachungsverpflichtungen nachgekommen ist, ob es funktionierende dauerregistrierende Meßgeräte gibt und – und das ist eine zentrale Frage, geschätzter Herr Kollege Leyroutz – warum die Kinder im Görtschitztal nicht wissen, ob sie ihr Gemüse essen dürfen, das Futter für die Kühe aber schon verbrannt wurde. Das sind zentrale Fragen aus unserer Sicht, die geklärt werden müssen. Und ich denke, dass der Untersuchungsausschuss im Kärntner Landtag das auch erledigen wird. Ich verlange daher, dass eine schnelle Eingreiftruppe im Görtschitztal dafür sorgt, dass den Menschen gesagt wird, wie es mit den eingelagerten Äpfeln und mit den eingelagerten Salaten aussieht. Es wird notwendig sein, dass man so schnell wie möglich die Prüfergebnisse, die in den nächsten Tagen aufgrund des schnellen Handelns kommen werden, den Menschen zur Verfügung stellt, damit (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) hier Sicherheit geboten werden kann und damit die Menschen die entsprechende Information kriegen.

Aber was man nicht braucht, Herr Kollege Leyroutz, ist eine sinnlose Schuldzuweisung, die Sie hier in dieser Aktuellen Stunde gemacht haben. Wenn Sie gesagt hätten, Sie wollen Hilfe für einen Umweltskandal oder für die Opfer eines Umweltskandals im Görtschitztal, dann ist es okay, aber Sie reden hier in inquisitorischer Art und Weise über die Aufklärung. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Das können Sie woanders machen! Ich denke doch, dass die Regierung, die Koalition dafür sorgen wird, dass hier Aufklärung und vor allem Hilfe für das Görtschitztal in entsprechender Art und Weise gemacht wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der ÖVP der Abgeordnete Franz Wieser. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätztes Regierungskollegium! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Aufklärung der politischen Verantwortung im HCB-Umweltskandal – Aufklärung ja, aber meines Erachtens ist heute viel wichtiger das Durchleuchten, was ist eigentlich schief gelaufen, welche Fehler wurden gemacht, um damit zu verhindern, dass in Zukunft solche Fehler nicht wiederum passieren. Landesrat Holub hat gemeint, Fehler dürfen auch gemacht werden. Ja, in vielen Bereichen dürfen Fehler gemacht werden, aber wenn es um die Gesundheit unserer Kinder geht, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, um die Gesundheit der Tiere, wenn nachhaltiger Schaden für unsere Umwelt vorhanden ist, dann dürfen solche Fehler ganz einfach nicht passieren! Viele Fragen sind in diesem Zusammenhang offen, Fragen, wie sie schon angeführt wurden: Wie ist es damals beim Zuschlag an die Wietersdorfer Zementwerke zugegangen, wo natürlich gewisse Temperaturen zum Verheizen des Blaukalks vorgeschrieben wurden, wo aber zum Beispiel keine Kontrolle des HCB vorgeschrieben wurde, wo die Messungen der Rauchgase anscheinend auch nicht ordnungsgemäß oder in nicht ausreichendem Maße vonstatten gegangen sind.

Wenn nun im April 2014 der Landesveterinärdirektor die Umweltschutzabteilung verständigt hat, eigentlich verständigt und um Hilfe gebeten hat, was soll ich tun, weil Belastungen von HCB in Lebensmitteln vorhanden sind, die zwar nicht über die Grenzwerte hinausgehen, aber die vorhanden sind, so ist er eigentlich im Stich gelassen worden. Wenn dann die Umweltschutzabteilung in diesem Bereich komplett untätig war, keine Informationen weitergegeben hat, wahrscheinlich auch nicht einmal das Werk in Wietersdorf verständigt hat, dann frage ich mich schon: Hätte man durch eine rechtzeitige Information nicht unheimlich viel Schaden verhindern können? Wenn nun am 25. November der Agrarlandesrat von Überschreitungen der Grenzwerte in Le-

**Wieser**

bensmitteln verständigt worden ist, er dann Landesrat Holub, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner für Umwelt und Gesundheit und auch die Medien und damit die Bevölkerung informiert hat, so ist er seiner gesetzlichen Verpflichtung auf der einen Seite nachgekommen, aber er ist auch der moralischen Verpflichtung nachgekommen, nämlich die Gesundheit der Bevölkerung nicht zu riskieren. Wir von Seiten der Landwirtschaft wollen garantieren, dass nur 100-prozentig einwandfreie Lebensmittel verkauft und von den Menschen konsumiert werden können. Hätte er das nicht getan, würden wir heute ganz sicher darüber reden, wie schnell er zurücktreten muss und wir würden nicht über den Skandal an und für sich reden. (*Abg. Trettenbrein: Wir können eh darüber reden!*)

Nach der Berichterstattung hat mich eines schon sehr gewundert, wenn eigentlich dann anstatt sofort zu reagieren, aus einem „Aufdecker“ ein „Zudecker“ wird, (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) dass jetzt verharmlost wird, indem man einen Schriftverkehr lediglich als Telefonate deklariert, wo verharmlost wird, wenn die betroffenen Bauern, die wirtschaftlich wirklich geschädigt und massiv betroffen sind, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mit ihren Familien psychisch belastet sind, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen, dann auch noch als Verursacher hingestellt werden, indem man sagt, es hat ja auch schon einmal bei Beizmitteln diese Ursache gegeben, aber nicht bedenkt und registriert, dass es sich hier um Bergbauern handelt, wo kaum Ackerbau betrieben wird und kaum jemals Beizmittel verwendet wurden und die auch schon seit 1992 in Österreich verboten wurden. Hier habe ich den Eindruck, dass eine Mischung aus Unwissenheit und aus Abschieben von Verantwortung gegeben ist. (*3. Präs. Lobnig: Jawohl! – Beifall von der F-Fraktion.*) Wir sollten aber die Lehre daraus ziehen, dass ganz einfach, wenn mehrere Abteilungen betroffen sind, der Landeshauptmann gefordert ist, (*Vorsitzender: Noch 20 Sekunden!*) sofort – und ich glaube, er hat das dann auch getan – das Krisenmanagement in Bewegung zu setzen, dass wir klare Regeln für Beamte einführen, wenn sie zu informieren haben und was sie zu informieren haben, dass eine laufende Information der Bevölkerung vonstatten gehen muss, dass nun aber auch die materielle Schadensgutmachung (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) gefordert wird

und hier von den Verursachern vor allem jetzt für die Bevölkerung im Görtschitztal aber darüber hinaus auch für die gesamte Bevölkerung wiederum jene Maßnahmen getroffen werden, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) dass sie wieder Vertrauen haben können, (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter!*) dass sie wieder Lebensmittel genießen können. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion, von der Grünen-Fraktion und von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte auf die Einhaltung der Redezeit zu achten, sonst werde ich nach fünf Minuten das Mikrofon abdrehen! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Johann. Bitte!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Landesräte! Liebe ZuhörerInnen! Die Bevölkerung ist verunsichert, ist entsetzt, ist empört. Ich selber bin auch empört, weil es ein Skandal ist, der hier an die Oberfläche tritt. Verantwortung tragen diejenigen, die in den 50er-, 60er-, 70er- und 80er-Jahren den Blaukalk und die Chlorabfälle in eine ungesicherte Deponie mitten in den Grundwasserkörper gekippt haben. Die werden wir aber nicht mehr vor den Untersuchungsausschuss zitieren können, die tragen aber die Verantwortung dafür, dass die Altlast, die nun das Kärntner Grundwasser bedroht, aufgearbeitet werden muss. Die Verantwortung tragen möglicherweise auch diejenigen, die die Bescheiderstellung, auch Auflagen, Grenzwerte und vorgeschriebene Messungen für das im Blaukalk enthaltene HCB übersehen haben. Die Verantwortung trägt aber vor allen Dingen das Zementwerk Wietersdorfer, (*Abg. Trettenbrein: Freilich!*) weil in der Absicht, höhere Profite zu machen, Blaukalk an Stellen in die Anlage eingebracht wurde, wo das nicht gestattet ist! Das ist grob fahrlässig und möglicherweise kriminell, das werden die Gerichte zu klären haben. Bei der Umweltaushaltung gibt es eine zentrale Verantwortung der Betriebe für die Einhaltung der Vorschriften. Die Behörde kann hier nur stichprobenartig nachkontrollieren. Das hat sie auch gemacht! Wo es möglich ist, werden Schadstoffe

**Dipl.-Ing. Johann**

dort permanent kontrolliert. Bei Dioxinen, Furanen, beim HCB ist es technisch nicht möglich, das laufend zu kontrollieren. Da gibt es Stichprobenkontrollen. Da gibt es auch die Möglichkeit, das entsprechend zu steuern, zu manipulieren. Offenbar war es so, dass in der Vergangenheit entsprechende Vergehen nicht immer entsprechend auch geahndet wurden. Das wird sich ändern. Wir werden mit aller Härte gegen diejenigen vorgehen, die hier „schweinigeln“.

Eines zeigt der Skandal auch, wir dürfen nicht sparen im Umweltbereich, weil wir so den Umweltsündern nicht auf die Spur kommen können. Wir brauchen ausreichend Personal, wir brauchen Messinstrumente, um solche Verunreinigungen selbst feststellen zu können, das selbst im Lande messen zu können. Hier müssen wir kurzfristig handeln, auch um Klarheit über das Ausmaß der HCB-Verunreinigungen zu bekommen. Es ist nämlich noch gar nicht klar, welche Bedeutung wir dem überhaupt geben dürfen. Nachdem es bis jetzt nur in wenigen Proben Grenzwertüberschreitungen gegeben hat, ist das eher beruhigend, obwohl natürlich die Milch völlig schadstofffrei sei sollte. Aber Hexachlorbenzol-Verunreinigungen finden sich sogar in Fischen in der Antarktis, also weitab jeglicher Emissionsquellen. Das liegt daran, dass HCB bis in die 80er-Jahre in Mengen von 10.000 Tonnen pro Jahr produziert wurde und tonnenweise in der Landwirtschaft vorsätzlich als Pflanzenschutzmittel gegen Stinkbrand auf die Felder ausgebracht worden ist. Hier geht es um Kontaminationen im Mikrogramm-Bereich. Es gilt bei HCB wie bei anderen giftigen Stoffen auch, dass es keine ungefährliche Menge gibt. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass jemand einen gesundheitlichen Schaden hier daran genommen hat, ist nach den vorliegenden Informationen gering, und das ist absolut erfreulich! Der wirtschaftliche Schaden für die Bäuerinnen und Bauern in der Region hat sich allerdings jetzt schon zu einem Elefanten ausgewachsen, was nur zum Teil an den Schadstoffen liegt, sondern auch an der Kommunikation, die hier zu einer massiven (3. Präs. Lobnig: Verunsicherung!) Verunsicherung beigetragen hat. Da haben auch Sie von der Opposition maßgeblich mit beigetragen, deswegen bringen wir auch heute in der Sitzung einen Antrag ein, der den betroffenen Bauern und Bäuerinnen in der Region Unterstützung zusichern soll.

Wenn heute ein Untersuchungsausschuss gefordert wird, dann werden wir uns dieser Idee nicht verschließen, denn wir haben nichts zu verbergen! Wir sind an einer Aufklärung massiv interessiert. Uns geht es um eine saubere Umwelt und darum, die Menschen zu schützen. Wir werden hier nicht tatenlos zusehen. (Abg. Korak: *Sieben Monate habt ihr zugeschaut!*) Es gilt zu klären, warum der Blaukalk nicht wie vorgeschrieben, verarbeitet wurde, (Zwischenruf von 3. Präs. Lobnig.) warum es zu Grenzwertüberschreitungen gekommen ist, wer die UVP und die Bescheide zu verantworten hat, die die Grundlage für die Verbrennung sind. Warum hat der Informationsfluss zwischen den Abteilungen hin zu den politischen Verantwortungsträgern nicht stattgefunden? Lieber Christian, (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*) warum hast du nicht rechtzeitig mit Rolf Holub einfach auf persönlicher Ebene geredet, wenn das so ein dringliches Problem war? (Abg. Mag. Schalli: *Was hat der Holub derweil gemacht?*)

Ich erinnere aber auch daran, dass es in Kärnten schon schlimmere Fälle gegeben hat mit langwierigeren und größeren Grenzwertüberschreitungen, beispielsweise beim Blei, in der ABRG, mit dem Hexachlorid in Radenthein. Das Konzept der Reststoffverwertung in Industrieanlagen steht insgesamt auf dem Prüfstand. Funder St. Veit, Arnoldstein, Radenthein, all das wird nun systematisch untersucht werden, um Belastungen auszuschließen. Wir wurden in den vergangenen Wochen, Monaten immer wieder kritisiert, dass wir hier Umweltverfahren zu langsam handhaben, dass wir zu viele bürokratische Hürden haben, (Vorsitzender: *Bitte, zum Schluss zu kommen!*) im Gegenteil. (Vorsitzender: *Herr Johann, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen!*) – der letzte Satz. Wir haben der Industrie zu viel vertraut, wir werden deswegen jetzt bei allen laufenden Verfahren im Umweltbereich noch viel genauer hinschauen, damit sich solche Fälle nicht wiederholen und wir das Vertrauen der Bevölkerung – (Der Vorsitzende deaktiviert das Mikrofon. – Beifall von der Grünen Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, bitte einen Satz, und das war es nicht! Es waren viele Sätze, ein Schachtelsatz, der in die Länge geht! Das kann ich nicht akzep-

**Ing. Rohr**

tieren! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marin Rutter. Ich bitte ihn ans Rednerpult! Das Mikro ist offen, bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Rutter** (TS):

Danke schön! Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte ZuhörerInnen! Sehr geehrte Medienvertreter! Wir hören und merken, welch emotional aufgeladenes Thema das ist. Ich habe hier schon den Eindruck, dass jede Partei versucht, hier politisches Kleingeld mit diesem so wichtigen Thema zu wechseln. Ich glaube, die Bevölkerung hat es sich nicht verdient, in solch wichtigen essentiellen Themen weiter verunsichert zu werden. Unsere Intention vom Team Stronach ist ganz klar. Wir sagen, wir brauchen Transparenz, wir brauchen Aufklärung, deswegen haben wir diese Aufklärung auch schon bei der letzten Landtags-sitzung hier von diesem Pult aus gefordert. Es gibt viele Fragen, die sich hier ergeben. Aber wir brauchen keine Polit-Show, sondern Antworten für die Bevölkerung und Lernen aus den Fehlern, damit solche Systemfehler nicht wieder passieren können.

Folgende Fragen müssen beantwortet werden: Wann haben Sie von den Vorfällen rund um den HCB-Umweltskandal erstmals erfahren, sehr verehrte zuständige Landesrätin? Von wem haben Sie über die Vorfälle rund um den HCB-Umweltskandal erstmals erfahren? Welche ersten Schritte und Handlungen haben Sie gesetzt, als Sie erstmals vom HCB-Umweltskandal erfahren haben? Welche externen Berater haben Sie in Ihre Entscheidungen betreffend die nächsten zu setzenden Schritte im HCB-Umweltskandal eingebunden bzw. zu Rate gezogen? Welche internen Berater haben Sie in Ihre Entscheidung betreffend die nächsten zu setzenden Schritte zu Rate gezogen? Gibt es Protokolle, Aktenvermerke, Gesprächsnotizen, die Sie im Zuge Ihrer Beratungen angefertigt haben? Haben Sie EU-Stellen über die Vorfälle rund um den HCB-Umweltskandal informiert? Warum wurde die Bevölkerung von Ihnen nicht bzw. erst sehr spät über den HCB-Umweltskandal informiert? Ziehen Sie persönliche politische Konsequenzen in Bezug auf den HCB-Umweltskandal in Betracht? Wie wollen und werden Sie überprüfen,

welche Beamten in den HCB-Umweltskandal verwickelt sind bzw. waren? Schließen Sie Konsequenzen für Beamte des Amtes der Kärntner Landesregierung, die in den HCB-Umweltskandal verwickelt sind, aus? Durch welche gesetzten Maßnahmen soll erreicht werden, dass in Kärnten nie mehr Fälle wie der HCB-Umweltskandal auftreten? Durch welche Instrumente und Anweisungen stellen Sie sicher, dass die gesamte Causa regierungintern lückenlos aufgeklärt wird? Welche Schritte haben Sie bereits gesetzt, um regierungintern eine Untersuchungskommission einzurichten? Welcher externer Stellen bzw. Personen werden Sie sich bedienen, um den HCB-Umweltskandal aufzuklären? Wann haben Sie das erste Mal mit Bewohnern des Görttschitzals betreffend den HCB-Umweltskandal Kontakt aufgenommen bzw. vor Ort Gespräche geführt? Welche Maßnahmen wurden von Ihnen bereits getroffen, um Entschädigungen der Betroffenen sicherzustellen? Arbeiten Sie in Bezug auf den HCB-Umweltskandal auch mit der Landwirtschaftskammer Kärnten zusammen? Hatten Sie im Zuge des HCB-Umweltskandals Kontakt mit Bundesminister Rupprechter? Gibt es bereits Kontakte zu Medizinexperten bezüglich des HCB-Umweltskandals? Warum wurden von Ihnen keine Schritte gesetzt, um unmittelbar nach dem Bekanntwerden des HCB-Umweltskandals (*Vorsitzender: Noch 25 Sekunden!*) eine Sondersitzung der Landesregierung abzuhalten? Danke, Herr Präsident! Es gibt noch sehr viele Fragen, die hier geklärt werden müssen. Deswegen fordern wir auch ganz klar einen Untersuchungsausschuss, der von unserer Initiative ausgehend laut Ankündigung anwesender Parteien die Unterstützung finden wird. Wir wollen in diesem Bereich Verantwortung übernehmen, um der Bevölkerung und allen Betroffenen das Vertrauen zurückzugeben. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen, Herr Abgeordneter!*) Kärnten hat es sich verdient! Danke schön! (*Beifall vom Team Stronach und von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist vom BZÖ der Abgeordnete Korak. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Korak** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Als ein aus dem Görtschitztal Kommender erfährt man mit den Worten „Umweltkatastrophe im Görtschitztal“ – eine Berichterstattung am 26.11. in „Kärnten heute“ – nach einer Pressekonferenz von Landesrat Bengler „Umweltskandal im Görtschitztal“ – 35 Bauern betroffen, Milch und Futter vernichtet, Hexachlorbenzol, HCB genannt. Es sind die ganzen Futtermittel verseucht, 35 Bauern der Region sind betroffen, hunderte Kühe sollen notgeschlachtet werden. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie es einem im Görtschitztal lebenden Bauern dabei gehen muss, wenn das über die Medien hinauskommt. Wobei aber im selben Atemzug auch wieder zurückgenommen wird in derselben Sendung, dass es keine Notschlachtungen gibt. Mit solch einer katastrophalen Meldung an die Öffentlichkeit zu gehen ohne Krisenmanagement im Hintergrund sorgt natürlich für Chaos in der Region Görtschitztal und im Land Kärnten und darüberhinaus in Österreich. Ich gebe Ihnen, Herr Bengler, schon Recht, dass Sie die Öffentlichkeit informiert haben. Nur stellt sich die Frage, wie man die Öffentlichkeit dementsprechend informiert, ohne Angst zu schüren in einer Region, die – wie es der Kollege Seiser schon gesagt hat – schon gezeichnet war von einzelnen Unfällen und betroffenen Familien. „ORF heute leben“, am 27.11.: „Gift in Kärntner Milch.“ Welch wahre Worte für die ganze Region Kärnten, das Wort „Gift“ in Kärntner Milch! „Umweltgift HCB in Kärntner Milch und Futter im Kärntner Görtschitztal.“ – Damit wusste ganz Österreich über die Umweltkatastrophe Bescheid und Kärnten und die schöne Region Görtschitztal wurden das erste Mal nachhaltig beschädigt. Ein in einem Interview sprechender Landwirt sagte dann aus, „na ja, wir wussten es ja schon seit April 2014. Wir, die Landwirte im Görtschitztal haben selbst in die Tasche gegriffen, Geld investiert und Proben genommen und somit auch diese Proben bezahlt, damit wir wussten, was wir abliefern“. Denn sie wollten saubere Produkte und saubere Milch abliefern. Eine weitere Frau im Lande, sprich im Görtschitztal, sagte, sie hat Messtechniker gesehen. Sie fragte diese Messtechniker, was sie denn hier messen. Die Ant-

wort wurde ihr verweigert. Alleine diese Frechheit, einer Dame die Antwort zu verweigern, ist schon sehr hinterfragenswert. „ORF heute konkret“ am 28.11.: „Kärntner Umweltskandal weitet sich aus, HCB kommt aus einem Zementwerk im Görtschitztal.“ Welch vernichtende Worte für ein Unternehmen im Görtschitztal, die österreichweit hinausgehen! Man sollte doch vorher nachdenken, was man hinausgibt, um nicht die Bevölkerung noch zu verunsichern bzw. die Betriebe so zu schädigen, denn in diesem Unternehmen sind auch Arbeitsplätze im Görtschitztal. Man muss sich aber weiter fragen, wenn man all diese Skandalberichte hört, wir alle hier im Hohen Haus haben ein gewisses Alter, dann sollte man sich vielleicht erinnern können, als es geheißen hat, man dürfe kein Gemüse aus dem Garten essen, Kinder dürfen nicht mehr in Sandkisten spielen. Wenn man sich Gedanken macht, befindet man sich in einer abgeschwächten Form von Tschernobyl, denn das waren damals die Meldungen, als Tschernobyl hochgegangen ist. Und ich glaube, das hat sich die Bevölkerung von Kärnten nicht verdient und schon gar nicht im Görtschitztal! Sämtliche Medien sind sofort auf diesen Zug aufgesprungen, die Negativberichterstattung hat ihren Lauf genommen. Von Tag zu Tag wurde die schöne Region Görtschitztal immer schlechter gemacht und sie wurde sogar als verseuchtes Gebiet bezeichnet. Und das empfinde ich als einen Skandal!

Jetzt zur Chronologie für all jene, die es nicht wissen: Auf Initiative der Donau Chemie, nachdem ich selbst aus der Gemeinde Brückl komme, hat es das Projekt „Altlast K20“ gegeben. Es wurde vorangetrieben seitens der Donau Chemie, diese „Altlast K20“ zu räumen. Damit kein Umweltgift weiter ins Wasser kommen oder sonst irgendwohin entweichen kann, hat die Donau Chemie selbst dies vorangetrieben. Sechs Jahre lang dauerte die Zusammenarbeit mit Kärntner Behörden, dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, bis es dann soweit war, dass man das Projekt „Altlast K20“ europaweit ausschreiben durfte, um eine *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* ordnungsgemäße Entsorgung durchzuführen. Nachdem die Redezeit beschränkt ist und nur mehr eine halbe Minute ist – Herr Präsident, Danke schön! *(Vorsitzender: Die Zeit läuft auf dem Display mit und ist zu sehen!)* Kein Problem, Herr Präsident, Danke schön! –

**Korak**

gibt es daher für das BZÖ nur eine logische Konsequenz, um Klarheit und Aufklärung in diesem Umweltskandal zu schaffen: Dass wir heute alle gemeinsam einen Untersuchungsausschuss beschließen, der aber nicht dazu verwendet werden soll, um auf Kosten der Bevölkerung draußen herumzuschreien und Polemik für sich selbst zu machen, sondern es gehört die Bevölkerung im Görttschitztal aufgeklärt! (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Danke, einen Satz noch! Glauben Sie mir, dass ich alles unternehmen werde, um die Region Görttschitztal wieder zu einer sauberen Region zu machen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem (*Der Vorsitzende deaktiviert das Mikrofon am Rednerpult.*).

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, bitte Platz zu nehmen! Ich bitte wirklich, die Redezeit einzuhalten! (*Abg. Korak kehrt zu seinem Platz zurück – Beifall von Abg. Mag. Trodt-Limpl, der F-Fraktion, dem Team Stronach und Abg. Mag. Schalli.*) Es ist ja nicht so, dass Sie die Redezeiten nicht direkt am Rednerpult mitverfolgen können! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landesrat Christian Ragger. Bitte ihn um seinen Beitrag! Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren des Hauses! Ich darf die Schlussworte des Herrn Abgeordneten Korak vollenden: Sie haben es verdient, aufgeklärt zu werden! Und ich glaube, dass dieser Satz eigentlich der zentrale und schlüsselführende Satz sein sollte, den wir uns alle zu vergegenwärtigen haben, denn bei jedem, der gestern vielleicht im Radio mitverfolgt hat, dass der Bauer seine eigene Milch nicht mehr trinken kann und die Kinder diese Milch nicht mehr trinken dürfen, da hätte es bei jedem Abgeordneten und bei jedem Landesregierungsmitglied und bei der Bevölkerung von Kärnten durch Mark und Bein gehen müssen. Eines nämlich, was heute mit diesem Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden sollte, sind natürlich Fragestellungen, und es wird auch der roten Fraktion etwas wehtun müssen, um vom Saulus

zum Paulus zu kommen, denn wer hat denn seinerzeit diese Umweltverträglichkeitsprüfung in sechs Monaten durchgepeitscht? Das wird einmal eine Fragestellung sein. Warum hat denn in diesem Bezug auf einmal, wie es gestern die ehemalige Umweltlandesrätin so salopp formuliert hat, nur auf Dioxine geachtet werden müssen? Warum hat man denn diesen Bereich des HCB nicht in den Bescheid mit aufgenommen? Warum? Warum hat man in diesem Bereich, nämlich als es seinerzeit zur Ausschreibung gekommen ist – und wir haben es ja vom Abgeordneten Rutter gehört – bei 44 Millionen Euro Summe nicht das billigere Projekt genommen, indem man über die Grundwasser- und die Tiefenbohrung der Entsorgung des Wassers, vielleicht über die Gurk abgeleitet, die Reinigung vorgenommen hat? Solche Fragen wird man sich natürlich im Untersuchungsausschuss stellen müssen, denn das alles liegt schriftlich vor. Und dann fliegt einem heute ein Blatt Papier ins Haus, dass die Messungen seit dem Jahre 2008 bis zum heutigen Tage nicht vom Amt der Kärntner Landesregierung durchgeführt worden sind, sondern – und jetzt halten Sie sich fest! – von dem eigenen Unternehmen, nämlich zwei Mal im Jahr eine Emissionsmessung zu machen und dann bei der Landesregierung abzugeben! Das heißt, diejenigen, die kontrolliert werden hätten sollen, haben sich selbst kontrolliert und haben dann ihre Proben hinuntergeschickt. (*Abg. Seiser: Das ist eine Verpflichtung!*) Wissen Sie, was da drinnen steht, in diesem Bericht? Dass seit dem Jahre 2008 kein einziger Wert eingehalten worden ist im Stickstoffbereich! Und was passiert, wenn man Stickstoff in diesem Bereich hinauslässt beim Ofen? Was passiert dann? Man kann auch Blaukalk nicht verbrennen, egal, um was für eine Gradzahl es sich handelt. Das wird dann ebenfalls ein Untersuchungsgegenstand sein. Das heißt, Sie haben hier einen riesigen Umweltskandal. Und wenn man vielleicht noch das Handy vom Herrn Kollegen Holub herausnimmt und sieht, dass mittlerweile auch das Lavanttal betroffen ist, nämlich dass Blaukalk nach Frantschach verkauft worden ist, nach St. Paul, na gute Nacht! Wir reden nicht mehr über Bauern, wir reden über die gesamte Bevölkerung von Kärnten. Und das gilt es aufzuklären! Und wenn hier keiner die Bereitschaft erklärt, dass hier eine lückenlose Schließung dieses Umweltskandals an den Tag zu legen ist und versucht wird, irgendetwas zuzudecken, dann soll er

**Mag. Ragger**

nach Hause gehen, weil dann sollte er von der Bevölkerung nach Hause geschickt und verjagt werden! *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ, vom Team Stronach und Abg. Mag. Schalli.)* Herr Klubobmann, Sie versuchten gestern so salopp, sich abzutun, ja die Landeshauptleute haben die Unterschrift draufgesetzt. Wer war denn der Umweltlandesrat? Wer war denn der Gesundheitslandesrat, Herr Klubobmann? Ihr Landeshauptmann, der heute da sitzt! *(Lautstarke Proteste von der SPÖ-Fraktion.)* Das alles sieht man heute nicht, jetzt auf einmal wollen Sie vom Saulus zum Paulus werden und die Zudecker dieser Nation! *(Vorsitzender: Herr Landesrat Ragger!)* – Sie brauchen nicht aufgeregt zu sein, liebe SPÖ! *(Vorsitzender: Herr Landesrat!)* Ich weiß, dass Ihnen die Pferde durchgehen! *(Der Vorsitzende deaktiviert das Mikrofon am Pult des Redners.)* Nur sollten Sie nicht mit – *(Vorsitzender: Herr Landesrat! Wenn Sie sich wieder beruhigen und im Ton zu einer Form finden, die im Hohen Haus erträglich ist, dann kriegen Sie das Mikro wieder aufgemacht! Sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen! – Abg. Seiser: Es ist eh einer seiner letzten Reden! – Vorsitzender: Bitte!)* Natürlich gilt es auch, die Geschichte des damaligen Umweltlandrates, der die UVP geprüft, erlassen und unterschrieben hat, zu prüfen. Der sitzt heute als Erster Präsident da, das nur zu ihrer Information. Das wird natürlich auch zu prüfen sein. Aber zurückkommend zum Thema, ich glaube, dass der Untersuchungsausschuss ein gutes Mittel sein wird, um hier klarzustellen, was in diesem Bereich passiert ist. In erster Linie geht es - und das sollte, glaube ich, eindeutig von allen unterstrichen werden - um die Bevölkerung, um den Schutz der Bevölkerung, um den Schutz auch der Tiere *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* und des menschlichen Lebens. Und das, lieber Herr Präsident, sollte mit allem Nachdruck verfolgt werden und die strafrechtlichen Verantwortlichkeiten ganz klar geklärt werden! *(Beifall von der F-Fraktion, vom BZÖ, vom Team Stronach und Abg. Mag. Schalli.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Leikam. Eines möchte ich schon anmerken: Nachdem es von allen Parteien eine ent-

sprechende Ankündigung gegeben hat, dass man einem Untersuchungsausschuss zustimmen wird, der lückenlos alle diese Dinge im Görtschitztal aufklärt, sollte man nicht mit Vorverurteilungen von der Regierungsbank oder von den Abgeordnetenreihen aus versuchen, zu agieren, sondern letztlich die Fakten und die Tatsachen sprechen lassen. Bitte, Sie sind am Wort! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsbank! Hoher Landtag! Zuhörer auf der Tribüne! Ich weiß schon, dass das ein Thema ist, das Emotionen weckt, aber ich denke, wir sollten wieder zur Sachlichkeit zurückkehren. Und wenn wir uns dieser Thematik widmen, so gibt es zwei Faktoren, zum einen, wir haben in Brückl im Bereich der Donau Chemie eine Deponie, eine Altlast mit 370.000 Tonnen Kalkschlamm. Und wir waren, ich kann mich erinnern, damals sehr froh als es darum gegangen ist, diese Altlast zu sanieren. Dann hat es Verhandlungen gegeben und es wurde ein Bescheid erstellt, ein rechtsgültiger Bescheid, der heute noch gültig ist, wo man diese Altlast in Form einer Verbrennung bei den Wietersdorfer Werken durchführt, unter ganz bestimmten Auflagen: Die Temperatur muss stimmen und es dürfen nicht mehr als 2 Tonnen dieses Kalkschlammes pro Stunde verbrannt werden. Seit gestern gibt es anscheinend auch noch ein drittes Faktum.

Der Geschäftsführer des Wietersdorfer Werkes hat gemeint, dass dieser Schlamm wahrscheinlich mit zu niedrigen Temperaturen verheizt wurde. Das wird zu überprüfen sein. Die SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht für volle Aufklärung und Transparenz! Der Herr Landeshauptmann hat die Koordination in die Hand genommen, eine koordinierte Vorgangsweise in die Wege geleitet. Da ist, lieber Kollege Leyrouz, kein Ball hergeschoben worden. Es geht in diesem Bereich um den Schutz und um die Sicherheit der Bevölkerung und um die Gesundheit der Menschen im Görtschitztal, lieber Kollege Leyrouz! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Die müssen wir schützen. Da brauchen wir keine gegenseitigen Schuldzuweisungen. Das ist hintanzustellen! *(Mehrere Abgeord-*



**Leikam**

nete sind in den Abgeordnetenbänken im Gespräch. – *Vorsitzender: Herr Abgeordneter Leikam! Bitte, kurz zu unterbrechen! Wenn es Beratungen gibt, dann bitte, führt die im Foyer des Sitzungssaales! Sie sind weiter am Wort!*) Danke! Wir brauchen hier also keine gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die Gesundheit der Menschen darf nicht zum politischen Spielball werden. Aufklärung, ja, im vollen Umfang, aber nicht populistisch, sondern seriös, sachlich und transparent. Ich will auch nicht, dass es eine Vorverurteilung in diesem Bereich gibt von irgendjemandem, der vielleicht in diesen Fall involviert ist. Die Umweltproblematik ist viel zu sensibel, um politisches Kleingeld zu machen. Oberste Priorität muss die Gesundheit haben, erst dann darf es wirtschaftliche Aspekte geben, daher ist diese Thematik voll aufzuklären, wer die Verantwortung trägt und wer was wann gewusst hat. Wir werden daher diesem Untersuchungsausschuss die Zustimmung erteilen. Wir werden hier aber auch aufklären, ob die Vorwürfe stimmen oder nicht. Wir werden aufklären, ob mit zu geringer Temperatur verheizt wurde oder nicht. Wir werden aufklären, wann die Abteilungen, aber auch die Landwirtschaftskammer von diesem Fall gewusst haben. Wir werden auch aufzuklären haben – und das ist das Neueste, der Herr Umweltreferent ist damit heute in die Medien gegangen – ob es wirklich so war, dass hier Blaukalk „schwarz“ verkauft wurde an die Bauern in diesem Lande. Das wird alles aufzuklären sein. Es gibt ja auch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die auch Erkenntnisse und Ergebnisse bringen werden.

Aber zurück zum Görtschitztal und zu den Menschen, die in der Vergangenheit – ich sage nur das Stichwort Asbest – sehr viel Leid erfahren mussten und die in Umweltfragen äußerst sensibilisiert sind. Nahezu jede Familie im Görtschitztal, meine sehr geehrten Damen und Herren, und hier vor allem in Klein St. Paul ist mit diesem Zementwerk in irgendeiner Form immer in Verbindung. Als einer der größten Arbeitgeber im Tal sind natürlich auch viele Existenzen der Menschen dort abhängig. Da hat man als Betroffener in der Vergangenheit vielleicht auch die existenzielle Grundlage vor den Umweltgedanken gestellt. Man darf das den Menschen dort nicht übel nehmen. Ich glaube auch, wenn jetzt wiederum die Bevölkerung davon betroffen ist, ob als Anrainer, ob als Landwirt, die können

für diese Situation nichts und die müssen wir bestens informieren und vor möglichen Schäden schützen. Daher nochmals, volle Aufklärung ist notwendig, um auch das Vertrauen der Bevölkerung wieder aufzubauen.

Ganz zum Abschluss: Ich habe eine ganz, ganz große Hoffnung, vor allem auch für die Bevölkerung des gesamten Görtschitztales (*Vorsitzender: Noch 30 Sekunden!*) und vor allem in Klein St. Paul, dass nach Auswertung aller Proben, meine sehr geehrten Damen und Herren, es nie und zu keinem Zeitpunkt eine Gesundheitsgefährdung für die Menschen in diesem Tal gegeben hat! Das wünsche ich mir, und ich hoffe, dass mein Wunsch in Erfüllung geht! Ich danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Benger. Ich bitte ihn um seinen Beitrag!

Landesrat **Dipl.-Ing. Benger** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Frau Dr. Prettner! Geschätzte Regierungskollegen! Geschätzte Abgeordnete, Zuhörer hier und zu Hause! Die Bevölkerung und die Landwirtschaft im Görtschitztal brauchen Hilfe, sie brauchen Klarheit! Es geht hier um Existenzen! Ich glaube, es ist nicht sinnvoll, wenn wir laut diskutieren, sondern wir müssen uns schnellstmöglich um Klarheit bemühen.

Es gab am 18.4. einen ganz konkreten Warnhinweis auf HCB, mit dem Verdacht, wo der Emittent ist. Seit damals hat die Landwirtschaft aufmerksam gemacht und um Hilfe gebeten. Ich glaube, wir müssen jetzt ganz schnell verfolgen, was hier zu tun ist, damit heute die Dinge für morgen in Ordnung kommen. Es gilt, nicht in die Vergangenheit zu diskutieren. Das gehört aufgeräumt, professionell, ganz klar, aber nach vorne geblickt, damit die Dinge jetzt vor Ort in Ordnung kommen. In meiner Verantwortung als Agrarreferent habe ich mit Bekanntwerden der Überschreitung sofort Handlungsbedarf gehabt. Das sieht auch die Verordnung 178/2002 so vor. Ich habe gehandelt. Hätte ich nicht gehandelt,

**Dipl.-Ing. Benger**

wäre ich meiner Informationspflicht nicht nachgekommen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Umgehend hat auch das Krisenmanagement seitens des Agrarsektors entsprechend begonnen. Maßnahmen für Milch, Futter und Fleisch wurden noch am selben Tag erarbeitet und am Tag darauf den Bauern vor Ort auch zur Kenntnis gebracht. Ich selbst war vor Ort bei den betroffenen Milchbauern und habe mit ihnen die Situation erörtert, diskutiert und besprochen. Ich bin sofort vor Ort gewesen. Ich stelle mich vor die Bauern, aber nicht nur vor die Bauern, sondern vor die gesamte Bevölkerung im Görtschitztal, die geschädigt ist. Arbeiten wir zusammen, lösen wir das Thema gemeinsam, dann wird es schneller gehen als wenn wir nur Diskussionen führen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landesrat Rolf Holub. Ich bitte ihn um seinen Debattenbeitrag!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Abgeordnete Rutter hat viele Fragen gestellt. Wann haben Sie zum ersten Mal davon erfahren? Ich persönlich habe am 6. November davon erfahren, dass es Auffälligkeiten gibt im Görtschitztal. Ich habe umgehend die Sachen, die ich gehabt habe, der Kollegin Pretzner geschickt, aber auch den Landeshauptmann unter vier Augen informiert. Das heißt, der Landesrat für Umwelt hat es am 6. November erfahren, die Landesrätin für Gesundheit am 6. November, der Landeshauptmann am 7. November. Die Kollegin Schaunig wird es wahrscheinlich überhaupt nicht erfahren haben, weil sie gerade das Budget gemacht hat. Die Opposition, nehme ich an, wird es auch nicht gewusst haben, warum auch. Den Dr. Waldner habe ich am Sonntag angerufen und gefragt, wann er was gehört hätte. Er sagt, er hat es aus der Zeitung erfahren. Bis 8. Mai hat er von nichts was gewusst, *(Abg. Korak: 8. Mai!)* bis 8. Mai 2014, es gab ja schon vorher Auffälligkeiten. Ihm hat man vorher auch nichts gesagt. Jetzt stelle ich mir einfach für mich die Frage:

Wenn die Regierung nichts gewusst hat, wer regiert Kärnten? Wer regiert unser Land? Was ist das für ein System? Die Wiertersdorfer? Die Landwirtschaftskammer? Ein paar Freimaurer? Wer regiert bitte unser Land? Wie kann es ein System geben, in dem die Regierung ein wichtiges Faktum nicht erfährt? Ich sitze zum Beispiel drei-, viermal die Woche mit Abteilungsleitern zusammen. Natürlich frage ich sie nicht, sollte ich vielleicht ins Görtschitztal fahren? Gibt es da vielleicht einen Umweltskandal? Ich kenne fast jeden zweiten Biber und Fischotter mit dem Vornamen. Es ist schon sehr interessant, was das für eine Logik und was das für ein System ist. Ich verstehe schon, dass es viele Beamte gibt, die sagen, bitte, sagt den Politikern nichts, sonst gibt es einen Skandal oder einen Wirbel. Na ja, gesagt, getan, so ist es ja grundsätzlich auch gewesen. Man muss schon abwägen, ich verstehe das schon. Aber in Amerika gibt es ein System, da tauscht man alles aus, wenn man in die Regierung kommt. Das ist ein Ansatz. Bei uns ist das nicht so gedacht. Nicht jeder kann immer misstrauisch sein und sagen, ich vertraue niemandem. So kann man nicht arbeiten. Es sind hunderte, tausende Mitarbeiter und Beamte. Nur, was wir für ein Problem haben: Wir kommen aus einer Zeit, wo polarisiert worden ist, wo diese Abteilung mit dieser Abteilung nichts gesprochen hat. Und diese Geschichte ist nicht vorbei, wir sehen es an uns beiden. Er kriegt Informationen, was die 8er falsch gemacht hat und ich kriege die Informationen, was die 10er falsch gemacht hat. Da wird nicht die Kommunikation erzählt, dass die 8er-Abteilung natürlich am 18. zurückgeschrieben hat, sich natürlich alle Werte angesehen hat im Görtschitztal von Wiertersdorf und dass es unauffällig war, dass das rückgespiegelt worden ist, dass die Werte wieder hinuntergegangen sind und dass man gesagt hat, okay, wenn es wieder schlimmer wird, dann melden wir uns und setzen uns zusammen, was auch im September passiert ist. Seitdem wird gemessen, seitdem wird durchgehend gemessen. Die erste Überschreitung hat es erst am 25., 26. November gegeben. Dass wir ein Problem haben, das ist klar. Aber wie kann unser System, das ohne Kommunikation anscheinend auskommt, auf ein Problem reagieren, das man mit Kommunikation lösen muss und nicht ohne? Das ist ein Hauptproblem! Das heißt, zur Frage vom Herrn Rutter: Was haben wir getan? Natürlich haben wir das sofort geändert! Natürlich gibt es

**Holub**

einen Erlass, dass Berichtspflicht ist! Natürlich gibt es jetzt Weisungen, dass alles über meinen Tisch gehen muss! Das ist alles nachher! Es tut mir leid, es tut mir für die Bevölkerung im Görttschitztal sehr leid, weil wir ein Bild von Vollidioten abgeben! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Für was brauchen wir denn bitte eine Regierung, für eine Eröffnung von Kreisverkehren, dass man lacht, wenn man die Sachen nicht weiß? Aber wie soll ich etwas ändern, was ich nicht weiß? Das ist sehr schwer. Der Herr Köfer hat, glaube ich, eine Weisung gegeben, er übernimmt keine Verantwortung für etwas, was er nicht weiß. Das wäre schön, wenn das so sein könnte. Ich kann das nicht sagen, weil ich ja die Verantwortung für die Abteilung übernehmen muß, für alle Beamten. Niemand in dem Land verursacht vorwiegend einen Schaden. Nein, es sind Abschätzungen, was ist für das Görttschitztal wichtig? Ist der Betrieb wichtig? Sind die Bauern wichtig? Was kann man für einen Schaden anrichten? *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Das ist abzuwägen! Damit alle mehr erfahren können, steht da ein Start up-Paket auf dem Boden mit 40 Akten und Unterlagen, mit allen Sachen, die wir transparent machen. Die sind teilweise auch auf der Homepage. Bitte, für alle Abgeordneten zum Einlernen, Start-up-Untersuchungsausschuss, den ich sehr, sehr begrüße! Ich trete nicht zurück, aber ich untersuche gerne! Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion. – 3. Präs. Lobnig: Du brauchst eine bessere Lupe!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing Rohr** (SPÖ):  
Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Franz Pirolt von den Freiheitlichen. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Werte Damen und Herren Kollegen aus dem Hohen Landtag! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Zuschauer auf der Tribüne! Klein St. Paul hat in zehn Jahren 14 Prozent an Einwohnern verloren. Herr Klubobmann Seiser, ein geschmackloses Kleingeld ist vielleicht wohl eher, wenn man darauf schaut, wie die Vorgangsweise seit dem Frühjahr bis in den späten Herbst von Ihnen und von Ihrer Regierung mit-

getragen worden ist. Wenn es um eine schnelle Eingreiftruppe geht: Innerhalb von Monaten einzugreifen, na ja, dann ist ja vielleicht überhaupt besser, man tritt einen Schritt zur Seite und man ist nicht im Weg, wenn man um das Aufräumen der Angelegenheit bemüht ist. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Herr Kollege Johann, Verantwortungen der Wiertersdorfer werden mit Sicherheit wahrgenommen werden müssen, weil es einfach auch eine juristische Folge haben wird. Um das wird man sich nicht herumschwindeln können, das sehe ich als Selbstverständlichkeit. Aber ich warne davor, diesen Betrieb generell zu kriminalisieren, denn wir brauchen in diesem Tal die Arbeitsplätze! Ich glaube, Kollege Malle, da sind wir uns ebenfalls alle einig. Wenn der Herr Kollege Leikam meint, es geht um den Schutz der Bevölkerung: Selbstverständlich, Herr Kollege Leikam, natürlich!

Herr Landeshauptmann, Gesundheit ist unser kostbarstes Gut, steht hier in einem Vorwort. Um aber eine perfekt funktionierende Gesundheitsversorgung sicherzustellen, ist es auch notwendig, mögliche außergewöhnliche Szenarien und Katastrophen, die sich negativ auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken können, vorherzusehen und einen dementsprechenden Einsatz- und Ablaufplan zur Verfügung zu stellen. Das steht da drinnen. Frau Prettner, Landesgesundheitsreferentin, die Wörter bedenklich und unbedenklich erhalten eine komplett neue Dimension, denn beide Wörter sind in einer Funktion. Die letzten Tage konnten wir das so zur Kenntnis nehmen. Wenn der Herr Landesrat Benger, der gerade Mitteilungen macht an einen Mitarbeiter, vor knapp einer Woche noch Milch getrunken hat herinnen, vermutlich ist ihm dieses Milchtrinken vergangen. Aber es stellt sich auch hier die Frage, wie viele der Bauern im Görttschitztal waren damals eingebunden oder wie viele wussten schon länger von diesem Problem? In einer Aussendung sagte Benger: „Wir haben mit HCB in der Milch und in den Futtermitteln eine ernste Situation.“ Er betonte, dass für die Konsumenten keine Gefahr bestehe oder bestanden habe. Interessante Aussage! Giftskandal, ich will jetzt gar nicht über die „Streitkultur“ von gestern reden, von Kohlweg, Umweltmedizinerin und Mathiaschitz, die sich wechselweise das Milchtrinken erlaubt oder aberkannt haben. Es ist interessant, wie man

**Pirolt**

dieses Thema angehen kann. Die Mathiaschitz hat angerufen. *(Zwischenrufe aus den Reihen der Abgeordneten.)* - Hättest du zugehört, würdest du es wissen! Giftskandal – weiterhin ist vieles unklar. Und auf derselben Seite liegen die Wasser-, Luft- und Bodenwerte im Durchschnitt, es ist hochinteressant. Und dann eine Bürgerversammlung – Bürger vor versperrten Türen. Noch einmal interessant! Herr Landesrat Holub, vermutlich wird das System bei Ihnen in der Abteilung so laufen, dass Sie den Herrn Tschabuschnig und umgekehrt vermutlich sehr selten sehen. Sie haben ausgeschrieben, es gibt Konsequenzen in alle Richtungen. Das wird interessant werden. Und den wirtschaftlichen Schaden, den Sie schon angerichtet haben, indem Sie erklärt haben, wir werden alle Betriebe in ganz Kärnten prüfen und überprüfen, allein damit schädigen Sie den Wirtschaftsstandort Kärnten, und das ist an sich zu verhindern! *(Abg. Trettenbrein: So schaut's aus! – Beifall von der F-Fraktion.)* Sie sollten, lieber Herr Landesrat Holub, Ihre Lupe vielleicht etwas vergrößern oder eine mit einem größeren Faktor verwenden *(Vorsitzender: Vielleicht geht es etwas gemäßigter und leiser auch!)* – Entschuldigung, Herr Präsident, ich habe jetzt nicht mir dir geredet! – denn Sie sind momentan nur in Erscheinung getreten, wenn es darum geht, Hotelprojekte zu verhindern! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und es gibt noch einen Punkt: Kollegen Holub und Bengler *(Abg. Scherwitzl: Hast du schon einmal was von der Hypo gehört? Soviel zum Thema Untersuchungsausschuss!)* – Herr Bürgermeister, du bist nicht am Wort! – wenn ihr *(Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit! Bitte um Aufmerksamkeit für den Redner!)* nicht in der Lage seid, eine entsprechende Abwicklung von Katastrophen zu machen, dann fragt einfach draußen die Gemeinden und die Bürgermeister. Die können das! Denn wenn man draußen bei Katastrophen ähnlich langsam agieren würde, dann hätten heute noch gewisse Menschen im Gurktal nicht einmal eine Zufahrt, weil das zu lange dauern würde. Und, lieber Herr Landeshauptmann, du hast einen Kompass für Katastrophen herausgegeben. Der ist zwar schon einige Jahre alt, aber *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!)* das sind Ablaufmechanismen, wie man Katastrophen in diesem Lande behandelt, meine Damen und Herren. *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter, sind Sie fertig?)*

Und davon ist nichts zu sehen gewesen! *(Beifall von der F-Fraktion und vom Team Stronach.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Gesundheitsreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettner. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne! HCB – Hexachlorbenzol hat Kärnten erreicht, hat das Vertrauen zutiefst erschüttert, das Vertrauen in Abläufe innerhalb der Landesregierung, das Vertrauen in die Technik, aber vor allem auch das Vertrauen in die Kommunikation. *(Abg. Mag. Leyrouz: Weil Sie verantwortlich sind!)* Aber ich halte dieses sehr, sehr ernste Thema für völlig ungeeignet, politische Kleinkrämerei zu betreiben, *(Abg. Mag. Leyrouz: Ziehen Sie doch die Konsequenzen! Ziehen Sie doch die Konsequenzen für den Bescheid!)* wie sie heute hier – praktiziert von der FPÖ-Fraktion – wieder einmal betrieben wird. Genau das ist der Grund, warum Sie nämlich abgewählt wurden! Sie verbreiten hier Halbwahrheiten, Sie setzen Ihre Voraussetzungen auf Vermutungen auf. Das ist derzeit überhaupt nicht angebracht! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wir stehen vor einer ganz, ganz ernsten Situation, *(Abg. Mag. Leyrouz: Die Sie angerichtet haben!)* die Bevölkerung, vor allem im Görtschitztal, ist verunsichert. Es geht darum, diese Unsicherheit aufzuklären und viel an Information von dem, was wir bis heute wissen, fließen zu lassen. Und wir wissen noch nicht alles. Wir wissen vieles, aber wir wissen noch nicht alles. Wir können uns ein Bild machen, wie es dazu gekommen ist, dass es zu Überhöhungen und Überschreitungen von HCB in Milchprodukten und auch in Futtermitteln gekommen ist. Ich kann als Gesundheitsreferentin insofern beruhigen, dass es in Lebensmitteln, die die Handelskette erreicht haben, bisher nicht zu Grenzwertüberschreitungen von HCB gekommen ist. Und seitdem ich davon weiß, bin ich bemüht, zu koordinieren, alles Wissen zu-

**Dr. Prettnner**

sammenzuführen. Es hat am 7. November die erste übergreifende Sitzung aller Abteilungen gegeben und weiterführend am 13. November, wo klar festgelegt wurde, welche Maßnahmen zu treffen sind. Das Erste war, dass man die Verbrennung in dem Werk beendet hat. Seit 7.11. gibt es keine Verbrennung mehr von Blaukalk in Wietersdorf. Das Zweite war, wir haben Proben von Rohmilchprodukten über das gesamte Gebiet genommen. Wir haben sie auch von 27 Lebensmitteln genommen, wobei wir von denen noch nicht klar sagen können, was wir hier an Ergebnissen zu erwarten haben, aber wir erwarten die Ergebnisse in den nächsten Tagen. Und ich wünsche es mir genauso wie der Abgeordnete Leikam, dass diese Lebensmittel nicht belastet sind. Ich wünsche es mir von ganzem Herzen für die Bevölkerung und für uns alle und für das Görtschitztal, denn das wäre für mich eine enorme Erleichterung. Aber was wir sagen können, ist, das Wasser ist unbelastet in diesem Gebiet. Das ist etwas, das auch schon Entwarnung gibt. Deshalb bin ich interessiert daran, dass die Bevölkerung informiert, informiert, informiert wird. Ich habe als erstes auch eine Hotline eingerichtet. (3. Präs. Lobnig. Bei der „Streitkultur“ gestern hat sie die Nummer nicht gewusst!) Die Hotline ist rund um die Uhr besetzt. Wir sind mit den Medien in Verbindung, es gibt Sprechstunden beim ORF, bei der Kleinen Zeitung, die werden stattfinden. Wir haben den Bürgerrat einberufen, um die Informationen allen zukommen zu lassen. Der Herr Landeshauptmann hat koordiniert, dass an alle Abteilungen, dass an alle Gemeinden die Information, die derzeit vorhanden ist, weiterfließt und weitergegeben wird. Wir haben eine Homepage eingerichtet, wo alle neuen Befunde, die wir haben, auch eingestellt werden. Es ist für alle ablesbar, es soll hier die höchste Transparenz wirken, es soll Aufklärung stattfinden, und wir alle sind für die lückenlose Aufklärung. Und nicht umsonst war es die SPÖ-Fraktion, die als erste angekündigt hat, diesem Untersuchungsausschuss zuzustimmen, weil wir uns nichts zuschulden kommen lassen! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Und noch etwas: Wenn Sie mir als damaliger Umweltreferentin etwas umhängen wollen, was nicht stattgefunden hat, nämlich dass ich nicht sorgfältig mit einem Bescheid umgegangen bin, (Abg. Trettenbrein: Ja, selbstverständlich, wenn der Bescheid anders ausschaut als die Ausschreibung!) dann lasse ich mir das nicht bieten! Denn

ich habe diesen Bescheid nur dann unterschrieben, wenn gewährleistet war, dass die Gesundheit der Bevölkerung dort nicht zu Schaden kommt und dass es zu keinem Austritt von Schadstoffen kommt. (3. Präs. Lobnig: Das wird der Untersuchungsausschuss klären!) Das war mein Genehmigungsvorbehalt, sonst hätte ich diesen Bescheid nicht unterschrieben! (Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!) Und dieser Bescheid besagt, dass wir diese Substanz Hexachlorbenzol aus der Welt schaffen können, wenn wir uns an klare Prozessabläufe halten, nämlich an Temperaturen, die über 1000 Grad sein müssen, dann ist dieser Stoff in Luft aufgelöst, es gibt ihn nicht mehr. Wir haben die Lösung dieses Umweltgiftes zu beseitigen und das muss auch eingehalten werden. Und es ist nicht eingehalten worden, das ist von der Firmenleitung bereits zugegeben worden. (Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!) Das ist der größte Kriminalfall, den Kärnten derzeit zu bewältigen hat (Vorsitzender: Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!) und wir sind für lückenlose Aufklärung in allen Bereichen! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nachdem bereits das vierte Mitglied der Landesregierung das Wort in der Aktuellen Stunde ergriffen hat, verlängert sich die Aktuelle Stunde zumindest um zehn Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hueter von der ÖVP.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebes Regierungskollegium! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Dieses heutige Thema der Aktuellen Stunde ist wirklich ein äußerst aktuelles. Das Wort Katastrophe ist auch schon ein paar Mal verwendet worden, und für die betroffene Bevölkerung im Görtschitztal ist es wirklich eine Katastrophe. Aber für mich ist es auch eine Katastrophe, wie wir als politisch Verantwortliche mit diesem Thema umgehen. Wir werden dieses Thema niemals lösen, wenn wir uns gegenseitig zuwerfen, wer hat mehr Schuld, wer hat früher

**Ing. Hueter**

etwas gewusst, wer hat nichts getan, wer hat mehr getan. Ich glaube, das ist nicht die zentrale Frage, was sich die Bevölkerung von uns als politisch Verantwortlichen erwartet. Sie erwartet sich einmal eine rasche Hilfestellung, sie erwartet sich rascheste Aufklärung und sie will wieder Sicherheit haben. Und es geht ja heute bald schon so weit, dass sich keiner mehr getraut, einen Honig zu essen, dass sich keiner getraut, einen Apfel, der eingelagert ist, zu essen, geschweige denn von der Milch und von den Fleischprodukten zu reden. Und eines ist auch klar: Hier geht es um die Existenzen der Bauern. Die Bauern sind, so grausig das klingt, von der Umwelt als erstes betroffen. Die können nichts dafür, wenn von oben, vom Himmel irgendetwas herunterkommt, auf das wir keinen Einfluss haben. Die Bauern haben lückenlos gearbeitet, haben investiert. Hier geht es um Existenzen, und jetzt auf einmal klingt es so, gerade dass einer nicht gesagt hat, die Bauern sind schuld, weil sie die Milch auf den Markt gebracht haben! Also ich glaube, hier versucht man, ein wirklich schändliches Spiel zu spielen, und ich möchte wirklich an die Vernunft aller Verantwortlichen appellieren, hier für die Bevölkerung, für die Bauern, für alle Betroffenen schnell, rasch, unbürokratisch Hilfe zu stellen! Vieles ist schon passiert, es nicht ganz so, wie es von einem Redner gesagt wurde – ich will jetzt den Namen nicht nennen – da sind nur Forderungen gestellt worden, das, das, das, das. Es ist vieles passiert, aber noch nicht alles, es gibt noch Fragen. Wir haben uns natürlich logischerweise auch sofort zum Untersuchungsausschuss bekannt und haben gesagt, ja logisch, wir sind auch als Bauernvertreter, als politische Vertretung der Grundbesitzer, der Bauern, die hier diese Produkte abliefern, sehr, sehr interessiert daran aufzuklären, damit man erstens einmal weiß, wo es herkommt, zweitens wer wirklich der Verantwortliche war und drittens die Lösung, wie es weitergeht. Es kann der Grundbesitzer, sprich der Bauer, seinen Betrieb nicht mit dem Hubschrauber wegfiegen und nach Kanada oder was weiß ich wohin gehen und sagen, hier ist mir die Sache jetzt zu heiß. Das geht nicht! Die Bauern bleiben nach wie vor da und die Bauern brauchen Antworten, die brauchen Lösungen und die brauchen auch von uns, von der Politik Sicherheit, dass das, was von der Politik versprochen wird, auch umgesetzt und eingehalten wird! Ich glaube, dazu sind wir alle aufgefordert, und ich

denke, dass das nicht so schwer sein kann, denn mit der Gesundheit spielt niemand. Man braucht sich immer nur bei der eigenen Nase zu erwischen. Wenn das weit weg ist, dann macht man sich vielleicht irgendwo Gedanken, ja ist nicht ganz leicht, aber wenn es dann unmittelbar vor der Haustüre ist, dass es gerade schon so weit kommt, dass logischerweise auch das Wild nicht verzehrt werden kann, das Wild ist ja ein Wiederkäuer, das frisst oder äst das Gras – das Gras hat ja genauso diese Rückstände – also diese Dimension, diesen Imageschaden muss man sich einmal vor Augen führen. Bitte, denken wir an eines, wenn wir nur als Beispiel, im bayrischen Bereich von einer kleinen Molkerei oder irgendwoher hören, da ist irgendetwas passiert, im Volksmund, beim Wirtshaustisch heißt es nicht, die kleine Molkerei X, sondern es heißt, die Milch aus Bayern, aus Deutschland. (*Abg. Rutter: Genauso ist es!*) Umgekehrt ganz gleich! Niemand, ich will jetzt keinem etwas unterstellen, aber niemand in Deutschland, in Slowenien, keine Ahnung wo, weiß wahrscheinlich, wo das Görtschitztal ist. Das ist relativ eingeeengt. Und ich glaube, wenn wir jetzt noch Salz in die Wunde streuen bzw. Öl ins Feuer gießen, dann polemisieren wir dieses Thema noch mehr. Ich bin dafür, wir sollten es raschest angehen, wir sollten dazu beitragen, das nicht zu eskalieren, sondern ich bin dafür, dass wir hier lösungsorientiert für die Bevölkerung, für die Bauern, für alle, die hier leben – und wenn man hört, dass diese Katastrophe sich nicht nur rein auf das Görtschitztal beschränkt, dass es vielleicht auch noch irgendwo anders hingehen könnte, ich sage jetzt wirklich nur „könnte“, dann glaube ich, wir wissen wir, was für ein gefährliches Spiel hier gespielt wird. Wir müssen alle (*Zwischenruf von Abg. Köchl.*) – Ja, durch den Blaukalk, durch den Blaukalk verbreiten wir es! – ich glaube, da müssen wir ganz offen reden! Und ich weiß noch, in der Mittelschule ist uns gelehrt worden, Blaukalk ist äußerst unbedenklich, kann zum Stall kalken verwendet werden, ist das beste Desinfektionsmittel. Also haben uns auch die sogenannten Experten ganz etwas anderes erzählt! Heute wissen wir, dass das leider Gottes anders ist, und jetzt müssen wir das rasch, unbürokratisch aus dem politischen Spielfeld herausbringen und lösungsorientiert für die Bevölkerung Sicherstellung bringen, damit die Bevölkerung im Görtschitztal wieder Hoffnung hat, Zukunft hat und vor allem auch ein wirtschaftliches

**Ing. Hueter**

Überleben. Danke! *(Beifall von Abg. Mag. Male.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als nächste Rednerin ist die Abgeordnete Lesjak zu Wort gemeldet.

Abgeordnete **Mag. Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der HCB-Umweltskandal steht heute zur Debatte. Ob das überhaupt ein Umweltskandal ist, das wird noch zu klären sein. *(Abg. Trettenbrein: No na nit!)* Das wird mit dem Untersuchungsausschuss, der heute eingerichtet wird, zu klären sein, ob das überhaupt ein Umweltskandal ist oder kein Skandal ist. Denn in den Reden – ich habe aufmerksam zugehört – werden Vergleiche mit Tschernobyl und anderen Skandalen gezogen, die mir irgendwie sehr bedenklich erscheinen, wenn man solche Vergleiche trifft. Und wenn man das macht, dann trägt man dazu bei, dass hier ein Skandal an die Wand gemalt wird, der herbeigeredet wird. Mit aller Gewalt wird hier ein Skandal herbeigeredet! *(Abg. Trettenbrein: Ah ja, freilich!)* Aber wie hat es passieren können, dass jetzt auf einmal alle von einem Umweltskandal reden und dass auch davon die Rede ist, es gibt hier Verunsicherung und Panik und so weiter? Ja, wo kommt das denn her? Wie ist das jetzt alles passiert, diese Panikmache? Aus meiner Wahrnehmung ist das so passiert, dass der Herr Landesrat Bengler durch unüberlegtes Handeln diese Panik und die Verunsicherung ausgelöst hat, indem er nicht mit den Kollegen in der Regierung gesprochen hat und unabgesprochen an die Medien herantreten ist und dort sozusagen geschrien hat, es brennt, es brennt! Und irgendwie hat das dann eine Dynamik gehabt, das hat dann Füße bekommen, diese Geschichte und dieser Umweltskandal sind von einem kleinen Skandal zu einem großen geworden. Das ist wie ein Zauberlehrlingsyndrom: Die Geister, die ich rief, die werde ich nicht mehr los, und auf einmal ist das kein Umweltskandal mehr, das ist auch ein Verwaltungsskandal, das ist ein Kommunikationsskandal, unter Umständen ein Landwirtschaftsskandal oder ein Wirtschafts-

skandal. Jetzt haben wir irgendwie ganz viele Skandale in einen Skandal mitten drin hineinverpackt. Und die Wahrheit ist, und das ist eine Tatsache, es gibt keine akute Gefahr.

Im Moment gibt es keine akute Gefahr für die Bevölkerung. Das traut man sich ja fast gar nicht mehr zu sagen, dass es eine akute Gefahr eigentlich gar nicht gibt! Aber es gibt ein fehlendes Krisenmanagement in der ÖVP, *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete!)* das so aussieht, dass zuerst Feuer gelegt und dann geschrien wird, es brennt! *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete, bitte, zum Schluss zu kommen!)* Dann stellt man sich daneben hin und sagt, ich weiß nicht, was ich tun soll und den Brand löschen müssen jetzt andere! Das wird jetzt im Untersuchungsausschuss zu klären sein, welche Art von Skandal das eigentlich ist und wo das herkommt. *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete!)* Bitte, Herr Präsident! *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)*

Wir haben jetzt viele Probleme zu klären. Ich habe das erwähnt, der Rolf Holub hat das auch erwähnt. Wie kann es dazu kommen, dass es keine Kommunikation zwischen den Abteilungen gibt? Wie kann es passieren, dass der Herr Landesrat Bengler versucht, das Feuer mit Benzin zu löschen und dass wir einen Imageschaden haben für die Wirtschaft, für die Landwirtschaft, für die Gesundheit, für die KonsumentInnen? Das haben wir jetzt davon, einen großen Imageschaden! Wie gesagt, aufräumen müssen das dann andere. Ich vertraue aber auf den Untersuchungsausschuss. Danke! *(Beifall von der Grünen-Fraktion. – Abg. Mag. Leyrouz: Das ist eine Beugung der Geschäftsordnung, weil die Aktuelle Stunde beendet ist. Das ist eine Beugung der Geschäftsordnung! Das ist ein rotes Wirrwarr! Das ist skandalös!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Letzter zu Wort kommt der Herr Landeshauptmann! Ich bitte ihn um seine Wortmeldung! *(Abg. Mag. Leyrouz: Das ist skandalös, Herr Präsident! Das ist eine Beugung der Geschäftsordnung des Landtages!)*

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich werde mich nicht in diese Schreiduelle einmischen. Ich werde nicht Fragen stellen, die man einer anderen Instanz zuordnen sollte, die das vielleicht beantworten kann. Ich möchte lieber über das reden, was getan wurde. Ich möchte vor allem eines voranstellen: Geschätzte Damen und Herren, das Hauptinteresse in dieser Situation hat ausschließlich der Görtschitztaler Bevölkerung zu gelten. Die sind diejenigen, die derzeit a) verunsichert sind in manchen Bereichen b) um ihre Existenz bangen und c) in letzter Konsequenz neben der Angst, gesundheitlich gefährdet zu sein, auch psychisch in einer nicht angenehmen Situation sind. Auf die haben wir uns zu konzentrieren, sachlich, mit der aus einer nicht angenehmen Situation heraus resultierenden notwendigen Transparenz, Information und letztendlich auch Beruhigung durch das Vermitteln von Daten und Fakten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Das Erste, das ich mitteilen kann, ist – und das ist wichtig, festzustellen – die erste Grenzwertüberschreitung, die namentlich gemacht und schriftlich an ein Regierungsmitglied übermittelt wurde, ist nach Befragung aller Regierungsmitglieder durch meine Person der 24. November, die Veterinärabteilung und in späterer Folge der dafür zuständige Referent gewesen. Vorher hat es keine wie auch immer geartete mir gegenüber behauptete Mitteilung diesbezüglich gegeben. Das Zweite: Es hat in der Zeit vorher immer wieder Auffälligkeiten gegeben. Grenzwertüberschreitungen, die zur Kenntnis gebracht worden sind, nämlich dort, wo man handeln hätte können, hat es in der Form nicht gegeben. Alle anderen Feststellungen müssen, wenn das nicht der Wahrheit entspricht, durch die entsprechenden Gremien, entweder Untersuchungsausschuss oder Staatsanwaltschaft festgestellt werden. Drittens: Wir machen jeden Tag eine umfassende Information, ein sogenanntes Kommuniké, wie Sie es aus anderen Situationen ersehen. Kollege Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Pirolt, du wirst genau sehen, dass das in diesem von dir genannten Monitor und Kompass drinnen ist. Genau nach dem halten wir uns. Ich habe auf meine Veranlassung hin jetzt auch noch sichergestellt, dass die Gemeinden jeden Tag dieses Kommuniké auch probieren. Wir haben vier-

tens eines – und das ist, glaube ich, wichtig – feststellen können und teilweise gibt es ja auch die diesbezüglichen Zugeständnisse, dass der Hauptemittent gefunden worden ist. Meine Damen und Herren, wenn sich jemand nicht an Vorgaben, die gesetzlich per Bescheid erstellt worden sind, hält, dann ist das eine Gesetzesübertretung. Wenn es eine Gesetzesübertretung ist, dann wird man relativ schwer hin zu politischer Verantwortung oder anderen Bereichen kommen. Dann ist es das was es ist, nämlich eine Gesetzesübertretung. Dafür gibt es in einer Gewaltenteilung ganz klare Aufgaben, wer das festzustellen hat, und, Herr Leyrouz – der jetzt gerade hinausgegangen ist – in der Republik Österreich, im Bundesland Kärnten ist das die Staatsanwaltschaft und die Jurisprudenz! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Wir haben gestern nach Feststellung und Befragung aller Experten, des Koordinators auch in Anwesenheit der Presse feststellen können, es droht keine Gefahr in der Luft, weil die Verbrennung eingestellt worden ist. Es droht keine Gefahr aus dem Trinkwasser, weil Beprobungen dieses als bedenkenlos dargestellt haben. Es gibt keine Gefahr aus dem Boden. Nach den gezogenen Bodenproben entsprechen diese dem österreichischen Durchschnitt. Es gibt bei den Milchprodukten und deren Konsumation keine Gefahr, weil nur jene, die beprobt und für positiv befunden worden sind, auch in Verkehr gelangt sind. Ich glaube, das sind wichtige Nachrichten, auf die auch die Görtschitztaler Bevölkerung zur Zeit angewiesen ist, die sie auch braucht und die ich auch gerne gebe. Wir haben in einem mehrseitigen Bericht, der auch heute der Kärntner Landesregierung berichtet und die informiert wurde, eine koordinierte, abgestimmte Vorgehensweise zwischen allen involvierten Abteilungen auf Beamtenebene festgestellt. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Ich habe bereits pro futuro auch veranlasst, dass in nächster Zeit, sobald es irgendwo Auffälligkeiten und Multikausalitäten gibt, referatsübergreifend beamtet und dann politisch vorzugehen ist. Mein letzter Satz, geschätzte Damen und Herren: Ich glaube, wenn es noch einer Überzeugung braucht für verschiedene Kreise hier im Landtag, eine Umweltschutzbehörde, einen Umweltschutz wünsche ich mir als Exekutive! Vielleicht macht uns die Legislative dieses Geschenk. *(Abg.*



**Mag. Dr. Kaiser**

*Dipl.-Ing. Johann: Bravo! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde abgearbeitet. Zur Aufregung betreffend Einhaltung der Geschäftsordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich ab dem zweiten Regierungsmitglied die Aktuelle Stunde jeweils um fünf Minuten verlängert. Es haben in der ersten Stunde vier Regierungsmitglieder geredet, daher hat sich der Herr Abgeordnete Hueter, die Frau Abgeordnete Lesjak für die nächsten zehn Minuten zu Wort gemeldet gehabt. Dann hat sich der Herr Landeshauptmann zu Wort gemeldet. Als Regierungsmitglied verlängert er die Aktuelle Stunde um weitere fünf Minuten, daher ist die Geschäftsordnung von mir ordnungsgemäß eingehalten worden. Das möchte ich so zur Kenntnis bringen. Ich habe jetzt Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, den Abgeordneten Hueter, den Abgeordneten Prasch. Augenblick, ich werde noch schnell das Pult umstellen. Der Abgeordnete Hueter ist am Wort. Bitte schön!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Zur Berichtigung der Wortmeldung der Frau Kollegin Barbara Lesjak: Fehlendes Krisenmanagement in der ÖVP. Erstens einmal, wir haben keine Krise in der ÖVP. Zweitens: Unser Landesrat Benger war der Erste, der die Öffentlichkeit informiert und Maßnahmen gesetzt hat. Drittens: Landesrat Holub hat nicht aufgedeckt, sondern zugedeckt!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete des Teams Stronach, der Obmann der Interessengemeinschaft, Dr. Hartmut Prasch. Ich bitte um seinen Geschäftsordnungsbeitrag!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Wir stellen hiermit den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64 i.V.m. § 32 K-LTGO:

**Ldtgs.Zl. 51-7/31:**

**Antrag zur Geschäftsbehandlung von Abgeordneten des F-Klubs, des TS und des BZÖ betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung sämtlicher Vorgänge, Handlungen und Ereignisse in der Landesverwaltung rund um die HCB-Umweltcausa im Görtschitztal sowie im Hinblick auf die Donau Chemie**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt gemäß § 64 i.V.m. § 32 Abs. 1 K-LTGO einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung sämtlicher Vorgänge, Handlungen und Ereignisse in der Landesverwaltung rund um die HCB-Umweltcausa im Görtschitztal sowie im Hinblick auf die Donau Chemie ein. Insbesondere ist die politische Verantwortung für die HCB-Umweltcausa in den Bereichen Umweltverträglichkeit, Gesundheit, soweit sie nicht in Bundeskompetenz fällt, Landwirtschaft und Katastrophenschutz zu überprüfen. Die Anzahl der Mitglieder im Untersuchungsausschuss wird mit 12 festgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sinne von Transparenz und vor allem im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung hat dieser Untersuchungsausschuss alle Vorgänge um die HCB-Causa lückenlos aufzuklären. Wir ersuchen Sie alle, diesem Untersuchungsausschuss Ihre Zustimmung zu geben!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Prasch, darf ich Sie ersuchen, mir diesen gestellten Geschäftsordnungsantrag auch schriftlich auszufertigen? Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klubobmann Mag. Leyrouz. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Herr Präsident! Zur Berichtigung: Sie haben Ihre Vorsitzführung wieder einmal parteiisch zugunsten Ihrer Partei ausgeübt. Denn nach einer Stunde und zehn Minuten wäre die Aktuelle Stunde zu Ende gewesen und Sie haben unzulässigerweise dem Landeshauptmann ein weiteres Rederecht eingeräumt. Das entspricht keineswegs der Geschäftsordnung! (*3. Präs. Lobnig: Sie müsste um fünf Minuten verlängert werden!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Mag. Leyrouz, ich diskutiere nicht mit Ihnen! Nehmen Sie die Entscheidungen des Präsidenten zur Kenntnis! Ich habe die Geschäftsordnung korrekt gehandhabt und dabei bleibt es! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann der Sozialdemokraten, Herwig Seiser. Ich bitte ihn um seine Geschäftsordnungswortmeldung!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Selbstverständlich wird die SPÖ-Fraktion dem Ansuchen vom Team Stronach, der Freiheitlichen, des Abgeordneten Schalli und des BZÖ zustimmen, vorausgesetzt, die Kompetenzen hinsichtlich der Untersuchungsmöglichkeiten des Untersuchungsausschusses, was Landes- und Bundesverwaltung betrifft, sind geklärt. Das scheint der Fall zu sein, daher stimmen wir der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses zu.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident Lobnig, bitte, mich in der Vorsitzführung nicht zu stören! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe den Antrag auf Geschäftsbehandlung, auf Einsetzung – Herr Präsident Lobnig! Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, denn es erfolgt eine Abstimmung! – ich habe den Antrag auf Geschäftsbehandlung schriftlich vorliegend. Dieser ist auch von den rechtlichen Voraussetzungen formal korrekt, nachdem ja nur Untersuchungsgegenstände, die in die Landeskompetenz und in die Landeszuständigkeiten fallen, untersucht werden können,

daher brauchen wir keine Unterbrechung zu einer entsprechenden rechtlichen Prüfung. Ich lasse daher über den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 32 K-LTGO betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wie beantragt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist der Untersuchungsausschuss einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche nun für die Einbringung von entsprechenden Wahlvorschlägen der einzelnen Klubs. Es ist dies zwar im Vorfeld schon vorbereitet, aber bis die Originale eingesammelt sind und die Stimmzettel vorbereitet sind, denn es sind dann in der Folge ja auch die Mitglieder des Ausschusses durch den Landtag zu wählen. Wir haben jetzt 15.57 Uhr. Ich unterbreche bis 16.05 Uhr die Sitzung. Wir setzen dann die Sitzung zur Wahl der Untersuchungsausschussmitglieder fort.

*(Unterbrechung der Sitzung von 15.57 Uhr bis 16.16 Uhr.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt noch eine Geschäftsordnungswortmeldung von den Freiheitlichen vor. Bitte, diese einzubringen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zur Vorsitzführung und vor allem zur Zeitenberechnung der Aktuellen Stunde Stellung nehmen. Sie haben wissend, dass fünf Regierungsmitglieder das Wort ergriffen haben, die Aktuelle Stunde lediglich um zehn Minuten verlängert. Folglich kann ich nur den Vorwurf des Klubobmannes Leyrouz bestätigen und unterstreichen, dass es sich hier um eine parteipolitisch motivierte Vorsitzführung handelt, weil die nächste Wortmeldung des Abgeordneten gestrichen wurde. Ich darf hier wirklich meinen Protest ausdrücken, und ich ersuche um objektive Vorsitzführung! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich nehme diese Kritik zur Kenntnis, teile Ihnen aber mit, dass, wenn innerhalb der Aktuellen Stunde fünf Regierungsmitglieder geredet hätten, sich die Aktuelle Stunde um fünfzehn Minuten verlängert hätte, je fünf Minuten pro Regierungsmitglied. Nachdem sich der Herr Landeshauptmann als Letzter zu Wort gemeldet hat, außerhalb der 60 Minuten, hat es insgesamt eine Stunde und fünfzehn Minuten gedauert. Ich bitte Sie, die Auslegung der Geschäftsordnung nach meiner Interpretation so zur Kenntnis zu nehmen! (*3. Präs. Lobnig: Nein! Weil sie falsch ist!*)

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Stimmzettel für die Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind nun vorbereitet. Es liegen entsprechende Wahlvorschläge seitens der SPÖ-Fraktion vor, seitens der Freiheitlichen Fraktion, seitens der ÖVP-Fraktion, seitens der Grünen, seitens des Teams Stronach und seitens der Interessengemeinschaft des BZÖ. Ich bitte den Schriftführer, bevor er dann die Abgeordneten aufruft, auch die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien kurz zu verlesen. Vorher bitte ich die jüngsten Abgeordneten der Klubs, das sind heute der Abgeordnete David Redecsy, für die Freiheitlichen, nachdem der Abgeordnete Staudacher entschuldigt ist, der Herr Klubobmann Leyrouz, von der ÖVP der Herr Abgeordnete Markus Malle und von den Grünen die Frau Abgeordnete Dr. Barbara Lesjak, als Stimmzähler zu fungieren und die Wahl entsprechend durchzuführen. Ich darf den Schriftführer bitten, erstens die Wahlvorschläge zu verlesen und dann die Abgeordneten der Stärke der Parteien nach alphabetisch zur Wahl aufzurufen. Wenn es schnell geht, dann denke ich, schaffen wir das in der nächsten Viertelstunde. Bitteschön!

Schriftführer **Mag. Dr. Primosch**:

Wahlvorschlag der SPÖ: Abgeordneter Leikam, Abgeordnete Obex-Mischitz, Abgeordneter Redecsy, Abgeordnete Rohrer und Abgeordneter Seiser; Wahlvorschlag der Freiheitlichen: Abgeordneter Leyrouz, Abgeordneter Schalli; Wahlvorschlag der ÖVP: Abgeordneter Hueter, Abgeordnete Schabus; Wahlvorschlag der Grünen: Abgeordneter Johann; Wahlvorschlag Team

Stronach: Abgeordneter Prasch; Wahlvorschlag BZÖ: Abgeordneter Korak.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wir führen die Wahl durch. Bitte um Aufrufung der Abgeordneten!

Schriftführer **Mag. Dr. Primosch**:

Herr Abgeordneter Ing. Ebner, Herr Abgeordneter Köchl, Herr Abgeordneter Leikam, Frau Abgeordnete Obex-Mischitz, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Primus, Herr Abgeordneter Redecsy, Herr Erster Präsident Ing. Rohr (*während der Stimmabgabe von 1. Präs. Ing. Rohr übernimmt 2. Präs. Schober den Vorsitz*), Frau Abgeordnete Rohrer, Herr Abgeordneter Scherwitzl, Herr Zweiter Präsident Schober, Herr Abgeordneter Seiser, Herr Abgeordneter Strauß, Herr Abgeordneter Tiefnig, Herr Abgeordneter Mag. Zopoth; Herr Abgeordneter Anton, Herr Abgeordneter Mag. Leyrouz, Herr Dritter Präsident Lobnig, Herr Abgeordneter Pirolt, Herr Abgeordneter Staudacher ist entschuldigt, Herr Abgeordneter Trettenbrein; Herr Abgeordneter Gaggl, Herr Abgeordneter Ing. Hueter, Herr Abgeordneter Mag. Malle, Frau Abgeordnete Ing. Schabus ist entschuldigt, Herr Abgeordneter Wieser; Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann, Frau Abgeordnete Mag. Kuchling, Herr Abgeordneter Dr. Lebersorger, Frau Abgeordnete Mag. Dr. Lesjak, Frau Abgeordnete Schautzer; Herr Abgeordneter Dr. Prasch, Herr Abgeordneter Rutter, Frau Abgeordnete Mag. Theuermann; Herr Abgeordneter Korak, Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl; Herr Abgeordneter Mag. Schalli.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Wahl abgeschlossen. Ich bitte nun die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten!

*(Nach Stimmzählung der in die Wahlurne abgegebenen Stimmen durch die Stimmzähler gibt der Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt:)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich bei den Stimmzählern sehr herzlich bedanken! Ich erkläre alle Damen und Herren Abgeordneten für gewählt und werde für alle die gültigen Stimmen verlesen. Für die Sozialdemokraten: Für den Herrn Abgeordneten Leikam 27, für die Frau Abgeordnete Obex-Mischitz 24, für den Herrn Abgeordneten Redecsy 26, für die Frau Abgeordnete Rohrer 26, für den Herrn Klubobmann Seiser 26 gültige Stimmen. Für die Freiheitlichen: Für den Herrn Abgeordneten Leyrouz 22 gültige Stimmen und für den Herrn Abgeordneten Schalli, der von den Freiheitlichen als Mitglied des Ausschusses nominiert wurde, 16 gültige Stimmen. Für die ÖVP: Für den Herrn Abgeordneten Hueter 23 gültige Stimmen, für die Frau Abgeordnete Schabus 25. Für die Grünen: Für den Herrn Abgeordneten Johann 23 gültige Stimmen, für den Abgeordne-

ten des Teams Stronach, Dr. Prasch, 25 gültige Stimmen und für den Herrn Abgeordneten Korak vom BZÖ 24 gültige Stimmen. Damit sind alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses gewählt. Es wird gemäß § 32 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung nach der Sitzung zur Konstituierung des Untersuchungsausschusses von mir in den Kleinen Wappensaal eingeladen werden, wo dann auch die Wahl des Vorsitzenden und des oder der Vorsitzenden-StellvertreterIn stattfinden wird. Den Vorsitz dabei wird zumindest am Beginn das an Jahren älteste Mitglied des Untersuchungsausschusses haben. Damit haben wir diesen Akt abgeschlossen und ich darf auch gleich darauf verweisen, dass unmittelbar nach dem Ende der Landtagssitzung die Konstituierung des Untersuchungsausschusses stattfindet und unmittelbar im Anschluss daran die bereits eingeladene Sitzung des Finanzausschusses.

## Tagesordnung

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt:

### **Ldtgs.Zl. 177-28/31:**

**Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2015 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2015, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2015 erteilt werden sowie Antrag der Landesregierung zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und eines geänderten Budgetprogrammes für die Jahre 2014 – 2018 (1. Änderung) gem. Art. 61 Abs. 1 K-LVG**

**Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin, Zweite Landeshaupt-**

### **mann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Einbegleiten wird diesen Budgetentwurf die Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut. Sie ist die zuständige Finanzreferentin. Ich darf zu diesem Anlass auch den Leiter der Finanzabteilung, Herrn Dr. Horst Felsner sehr, sehr herzlich willkommen heißen! Ich darf nun die Finanzreferentin ersuchen, wie es gute Tradition im Hause ist, vom Rednerpult aus ihre Budgeteinbegleitungsrede zu halten. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Sie sind am Wort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

„Es war sehr früh am Morgen, die Straßen rein und leer, ich ging zum Bahnhof. Als ich eine Turmuhr mit meiner Uhr verglich, sah ich, dass es schon viel später war als ich geglaubt hatte, ich musste mich sehr beeilen. Der Schrecken über diese Entdeckung ließ mich im Weg unsicher werden, ich kannte mich in der Stadt noch nicht sehr gut aus. Glücklicherweise war ein

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Schutzmann in der Nähe, ich lief zu ihm und fragte atemlos nach dem Weg. Er lächelte und sagte: ‚Von mir willst du den Weg erfahren?‘ ‚Ja‘, sagte ich, ‚da ich ihn selbst nicht finden kann‘. ‚Gibs auf, gib auf‘, sagte er und wandte sich mit einem großen Schwunge ab, so wie Leute, die mit ihrem Lachen allein sein wollen, das tun.“

Dieser Text stammt von Franz Kafka, wurde Ende 1922 geschrieben und 1936 veröffentlicht. In den Originalunterlagen Kafkas erscheint als Überschrift, „Ein Kommentar“.

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskollegin und -kollegen! Geschätzte Abgeordnete zum Kärntner Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrte Medienvertreter! Das erste Bild dieses Textes, ich glaube, das kennen wir alle. Man steht unter Druck, die Zeit scheint davon zu laufen, die Luft zum Nachdenken fehlt. Es erscheint nahezu aussichtslos, einen eigenen Weg zu finden. Man läuft Gefahr, kopflos zu agieren. Auch das zweite Bild kennen wir zur Genüge – Menschen, die sich, wenn es schwierig wird, wenn Probleme auftreten, wegdrehen, das Lachen unterdrücken und auf das Scheitern des anderen hoffen. Besonders schlimm ist diese Haltung, wenn es um Funktionsträger des öffentlichen Lebens geht, wie sie der Schutzmann im Text von Kafka versinnbildlichen soll. Umso dankbarer bin ich für den Umgang der Zukunftscoalition mit den äußerst schwierigen finanziellen Fragen unseres Landes. Nachdenken, nicht aus der Ruhe bringen lassen, auch wenn die Zurufe von außen manchmal noch so intensiv sind, besonnen agieren, eigene Wege finden, das Land mit ruhiger Hand führen und das Gelingen des anderen zu fördern und sich nicht über das Scheitern zu freuen. Geprägt ist diese neue politische Kultur durch Landeshauptmann Peter Kaiser, der an der Spitze der Landesregierung diesen Kurs vorgibt, hitzige Gemüter kühlt, die Geduld und den Weitblick hat, Diskussionen so lange zuzulassen, bis ein sinnvolles Ergebnis vorliegt. Gerade in der heutigen Debatte in der Aktuellen Stunde haben wir gemerkt, wie wichtig und wohltuend ein solcher Führungsstil ist. Gelingen kann ein solcher Kulturwandel natürlich nur, wenn man auch die richtigen Partner hat. Die Parteispitzen der ÖVP, Landesrat Dipl.-Ing. Christian Benger, und die der Grünen, Frank Frey und Landesrat Rolf Holub, sind be-

reit, diesen Weg auch mitzugehen - oder richtiger, sie sind gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser Wegbereiter.

Da ich in diesem Land und vor allem in diesem Landtag auch schon andere Zeiten erlebt habe, danke ich auch weiten Teilen der Opposition, die sich bemühen, die ausgetretenen Wege der Vergangenheit zu verlassen, konstruktiv Kritik zu üben und bei allen Unterschiedlichkeiten in den Auffassungen immer wieder das Gemeinsame für unser Bundesland in den Mittelpunkt zu stellen, wenngleich die Debatte in der heutigen Aktuellen Stunde traurige Anklänge alter Zeiten aufkommen ließ. Ich erlaube mir einen Appell: Billige Polemik löst keine Probleme, sondern sie verunsichert die Menschen. Ich appelliere wirklich an alle, mit diesem wertvollen Gut, das wir haben, mit einer lösungsorientierten Kultur, mit einer gegenseitigen Wertschätzung in der politischen Kultur, sorgsam umzugehen! Ich glaube, das erwarten sich die Menschen in diesem Land, ganz besonders in den betroffenen Landesteilen, zu Recht von uns.

Mir ist es ein Bedürfnis, ein herzliches Dankeschön an all jene zu richten, die mit ihrer Arbeit die Erstellung des Landesvoranschlages 2015 möglich gemacht haben! An erster Stelle nenne ich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es ist ihr Geld, das wir verwalten und mit der entsprechenden Sorgsamkeit ist umzugehen. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz für unser Bundesland! Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen und in den politischen Büros! Ich bedanke mich bei meiner Regierungskollegin und den Regierungskollegen, denn Budgeterstellung unter schwierigen Rahmenbedingungen erfordert den Einsatz jeder und jedes Einzelnen! In Zeiten, in denen man Zuwächse verteilen kann, ist Budgetpolitik einfach. Zeiten, wo es ums Sparen geht, erfordern solidarisches Handeln und auch entsprechendes Denken. Das zeichnet die Zukunftscoalition aus. Mein ganz besonderer Dank gilt aber meiner Finanzabteilung, Herrn Dr. Felsner und seinem Team! Die Finanzabteilung, gerade in Budgetzeiten, das ist immer Stress und eine besondere Herausforderung. Das heurige Jahr war besonders davon geprägt – Arbeiten an einer neuen Haushaltsordnung, die Fragestellungen rund um die Hypo-Bank oder jetzt HETA-Bank, Kärntens Vorsitz im Rahmen der Finanzreferentenkonferenz, zeit-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

gleich die Erstellung des Nachtragsvoranschlages, des Budgetprogrammes, des Budgetberichtes und die Verhandlungen zur Verlängerung des FAG, die Ausrichtung der Finanzreferenten-Konferenz in Kärnten. Ich denke, wir waren die letzten Monate sehr gefordert. Ein herzliches Dankeschön! Ohne die fachlich kompetente und menschlich kompetente Mitarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzabteilung wäre dieses Pensum nicht zu bewältigen gewesen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Wir leben in schwierigen Zeiten mit einer Vielzahl von Herausforderungen: Einnahmenausfälle in den öffentlichen Haushalten, die dramatisch und immer unvorhersehbarer werden, einem Schuldenberg der Vergangenheit, der tiefe Schatten auf die Gegenwart und auch noch auf die Zukunft wirft, die Probleme rund um die Hypo-Bank, nunmehr HETA, die neben den finanziellen Bedrohungsszenarien auch den Imagewandel Kärntens, um den sich die Zukunftskoalition so intensiv bemüht, erschweren, neue Forderungen, die an uns herangetragen werden und die das sensible Gleichgewicht eines solidarischen und ausbalancierten Haushaltes massiv fordern, der demografische Wandel, der den Zusammenhalt der Gesellschaft erfordert, Flüchtlinge, die mit nichts als dem nackten Leben zu uns kommen und uns auf die Probe stellen, ob Solidarität oder christliche Nächstenliebe als Grundwerte unserer Gesellschaft nur in Reden oder Sonntagsbotschaften existieren oder ob wir tatsächlich bereit sind, diese auch zu leben, ein Einsparungsdruck, der nach dem Motto „Geiz ist geil“ Gefahr läuft zu übersehen, dass öffentliche Haushalte auch andere Aufgaben und Zielsetzungen haben müssen als Privathaushalte, Vorgaben zu Haushaltsrahmen, die zu verringerten Investitionen führen und die Gefahr in sich bergen, dass unsere Infrastruktur veraltet und Europa wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Was ist also zu tun? Wie können wir die vor uns stehenden ökonomischen und sozialen Probleme bewältigen? Es gibt kein Allheilmittel, aber wir können die Chancen als Herausforderung annehmen und mutig neue Wege beschreiten. Wenn ich mir die letzten Kärntner Landesbudgets ansehe und die dort realisierten Einsparungen und die daraus resultierende auch nachhaltige Ausgabenreduktion seit dem Jahr 2013 bei

gleichzeitig steigender Investitionsquote, können wir berechtigt sagen, wir haben schon einiges richtig gemacht. Nicht alles, denn das wird nie gelingen, aber wir haben Weichenstellungen gesetzt, die erforderlich sind, um Kärnten auch zukunftsfit zu machen. Wir haben noch vieles vor uns. Die Umstellung unseres Haushaltsrechts und unserer Haushaltsordnung wird uns allen gemeinschaftlich noch viel Energie, den Mut zum Experimentieren, vielleicht auch zu Fehlern und die Fähigkeit, flexibel Anpassungen vorzunehmen, abverlangen. Die Verwaltungs- und Aufgabenreform wird Politik und die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung massiv fordern. Wir müssen gewohnte Wege verlassen, neue Herausforderungen bewältigen und gemeinsam völlig neue Strukturen aufbauen. Aber wir haben nur eine Wahlmöglichkeit. Entweder wir machen weiter wie bisher, in Strukturen, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen nicht gewachsen sind und verharren in einer Schlusslichtposition, die den Talenten und Fähigkeiten - und von denen haben wir in Kärnten Gott sei Dank mehr als genug - absolut nicht gerecht werden oder wir bündeln unsere Energien darauf, aus Kärnten ein Vorzeigeland zu machen, ein Land, in dem Bildung, Ausbildung, zukunftsorientierte Infrastruktur absolute Priorität haben, auch in den budgetären Weichenstellungen, indem die Verwaltungsstrukturen völlig neu gedacht werden, in denen Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und das Denken in althergebrachten Machtbereichen – mehr Geld, mehr Personal – abgelegt wird. Und ich bin mir sicher, dass wir in zehn Jahren innerhalb und außerhalb Europas zu Vorträgen eingeladen werden, um anderen die Möglichkeit zu geben, von uns zu lernen. Daher auch meine ganz dezidierte Einladung an die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir brauchen Spielräume, um für die nächsten Generationen neue Möglichkeiten zu schaffen. Wir brauchen einen Schulterchluss und die Fähigkeit zur Veränderung. Ich bin zutiefst überzeugt, dass dieses Potential in vielen Kolleginnen und Kollegen steckt, noch mehr, dass viele auf die Chance warten, Veränderungen auch umzusetzen.

Ich möchte mich in meiner Budgetrede aber vor allem einem essentiellen Thema für ganz Europa widmen. Ich möchte wirklich ein leidenschaftli-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

ches Plädoyer gegen phantasieloses Sparen halten. Wir brauchen in Europa eine Reindustrialisierung, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze nicht nur in Kärnten, sondern in ganz Österreich, in ganz Europa zu halten und zu schaffen. Die Vorzeichen stehen gut. Nach einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey wird sich die globale Nachfrage nach Anlagegütern bis 2025 mehr als verdoppeln. Dies wird auch in Europa industrielles Wachstum erzeugen. Die Chance, dass die europäische Volkswirtschaft davon profitiert, ist gegeben, das allerdings nur mit innovativen, technisch hochwertigen Produkten. Voraussetzung dafür ist, in diesem Bereich konkurrenzfähig zu sein, bestausgebildete Menschen. Jeder Cent, den wir in die Bildung investieren, wird sich hinkünftig mehrfach lohnen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Wir müssen Verbündete suchen in Österreich und in Europa, die gemeinsam mit uns all jene Probleme lösen, die wir nur gemeinschaftlich vorantreiben können. Dazu zählt auch das Abweichen von der phantasielosen Austeritätspolitik, die wegen ihrer negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum absolut kontraproduktiv ist. Zu geringe Ausgaben für öffentliche Infrastruktur können in der Zukunft für die große Mehrheit der Menschen, aber auch für die Unternehmen mindestens genauso gefährlich sein wie zu hohe Verschuldung. Zu geringe Ausgaben gehen heute zu Lasten künftiger Generationen. Investitionen in die gebaute Infrastruktur, die heute nicht gemacht werden, werden mit jedem Jahr, die sie in die Zukunft verschoben werden, teurer. Investitionen in die soziale Infrastruktur, die heute nicht gemacht werden, können in vielen Fällen überhaupt nicht mehr nachgeholt werden. Die Folge ist, dass junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen, dass sie keine Ausbildung und keine Arbeit haben. Die Folge ist, dass die ältere Generation den Solidarzusammenhang in unserer Gesellschaft in Frage stellt, wenn Pflegeproblematik zu einem individuellen und finanziellen Problem wird. Das heißt, wir brauchen ein Bekenntnis in diesen Bereichen und eine klare Investitionspolitik. Das sind keine Ausführungen, die singuläre Meinungen sind. Um nur ein paar auch internationale Stimmen zu zitieren: Christopher Smallwood von Lombard Street Research hat eine Analyse der Krisenbekämpfung in Großbritannien vorge-

nommen. Seine Schlussfolgerung ist völlig klar. Die Kombination von fiskalischer Austeritätspolitik, das heißt strenges Sparen, die in vielen Ländern simultan umgesetzt wird, hemmt das langfristige Wachstum und damit die Fähigkeit zum Schuldenabbau. Das heißt, wenn ein einzelner Staat spart, mag das volkswirtschaftlich vertretbar sein. Tut dies Gesamteuropa, schwächen wir uns massiv selbst. Um das zu veranschaulichen, ich habe es schon einmal erwähnt, das Lieblingsbeispiel meines Volkswirtschaftsprofessors zur Frage, ob die Sinnhaftigkeit von Einzelentscheidungen und die Entscheidungen von kollektiven Einheiten ident sind. Stellen Sie sich vor, Sie sitzen im Theater und Sie sehen schlecht. Die individuell sinnvolle Lösung ist, aufzustehen, dann sehe ich besser. Aber dann sieht der hinter Ihnen nicht besonders gut. Er wird das Gleiche tun, was letztendlich dazu führt, dass alle stehen und gleich schlecht sehen wie vorher. Zum gleichen Schluss, wenn auch etwas wissenschaftlicher ausgedrückt, kommt Sony Kapoor vom Londoner Think-Tank Re-Define. Er formuliert sehr klar, die Sparpolitik vereitle sich selbst. Sie sei Ausdruck eines schockierenden Maßes an wirtschaftlichem Analphabetismus der politischen Elite, die statt einer mittelfristigen Strategie einen kurzfristig angelegten, politisch unverantwortlichen und sozial verantwortlichen Weg eingeschlagen haben. Die Fundstelle habe ich in meiner schriftlichen Ausfertigung dargelegt. Ich kann jedem nur empfehlen, nachzulesen. Auch Paul de Grauwe, Professor an der London School of Economics - und deklariertes Liberaler - zeigt in seinen Studien die kontraproduktive Wirkung exzessiver Sparpolitik auf: Je heftiger die Sparmaßnahmen sind, desto größer ist der anschließende Anstieg des Verschuldungsgrades und desto mehr sinkt die Fähigkeit, Schulden auch zu tilgen. Letztendlich hat Stephan Schulmeister vor kurzem, am 27. November, im Ö1-Morgenjournal zutreffend die Auswirkungen einer europäischen Fiskalpolitik, die investive Maßnahmen massiv verhindert, skizziert und aufgezeigt, dass die Lösungen, man lässt Private investieren und mietet sich dann die Infrastruktur zurück, langfristig unsinnige Umwege sind, die uns alle mehr kosten.

Diese Abkehr von einem reinen Sparkurs ist also in ganz Europa vertreten. Es gibt auch einen Hoffnungsschimmer auf der europäischen Ebe-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

ne. Es gibt einen umfangreichen Evaluierungsbericht zu den Empfehlungen des IWF in den Krisenjahren, der im Wesentlichen aufzeigt, dass man selbst zum Schluss kommt, dass es ein folgenschwerer Fehler war, in Gesamteuropa eine Staatsausgabenkürzung voranzutreiben und erfreulich auch der Vorstoß von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, € 300 Milliarden neu zu investieren. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das wirklich € 300 Milliarden sind, ob es ein paar weniger, ein paar mehr sind, ob das wirklich neues Geld ist, sozusagen frische Gelder oder ob da bestehende Fonds mit einbezogen werden. Darüber kann man diskutieren. Für mich wirklich wichtig ist ein zweiter Satz dieses Vorschlages, nämlich der, dass bei der Berechnung des Defizits durch die Europäische Kommission diese Investitionen nicht als defiziterhöhend eingerechnet werden. Es ist das erste Bekenntnis auf der Europäischen Ebene, dass wir Investitionen in die Infrastruktur brauchen. Und das was Juncker sich vorstellt, Visionen mit modernen Schulklassen, mit gut ausgestatteten Spitälern, Pendlern in Elektro-Autos und einer Breitbandoffensive in ganz Europa, ich denke, das können wir alle nur unterschreiben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Grünen-Fraktion und Abg. Mag. Trodt-Limpl.)*

Die gleichen Signale haben Landeshauptmann Peter Kaiser, Landtagspräsident Reinhart Rohr und ich auch bei Terminen in Brüssel erhalten, wo es jetzt schon Unterlagen in der Verkehrspolitik gibt, die ebenso dafür appellieren, mehr Geld in Infrastruktur einzusetzen. Die Schlussfolgerung ist klar – eine Kehrtwende vom phantasielosen Sparen.

Und nun noch ein letzter Aspekt: Neben dem volkswirtschaftlichen Schaden, den eine unreflektierte, nur einem undifferenzierten, strengen Sparkurs unterworfenen Politik mit sich bringt, gibt es auch demokratiepolitische Gefährdungspotentiale. Die wichtigsten Symptome dieses Gefährdungspotentials sind eine stetig abnehmende Flexibilität der öffentlichen Finanzen und die fortschreitende Verdrängung diskretionärer Staatsausgaben, also Staatsausgaben, die auf aktuelle Ereignisse reagieren, durch laufende Bindungen bei stagnierenden Steuereinnahmen. Als Ergebnis geht die Fähigkeit der Politik, gestaltend auf gesellschaftliche Problemlagen einzuwirken, immer mehr zurück. Was wiederum die ohnehin abnehmende Bereitschaft der Ge-

sellschaft weiter verringert, dem Staat finanzielle Mittel zuzugestehen. Die Folge ist ein Teufelskreis, in dem schwindende Handlungsfähigkeit des Staates das Vertrauen der Gesellschaft in die Politik schwächt. Und damit schwächt er eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wiederherstellung einer staatlichen Handlungsfähigkeit. Politik in Zeiten reinen Sparens verschiebt sich immer weiter von Gesellschaftsgestaltung zur Verteidigung von Besitzständen Privater gegen den Zugriff des Steuerstaates, Öffentlicher gegen Einschnitte in überkommene Programme. Zur Abdeckung anderer Interessen fehlt das Geld. Hier vor allem haben dann die Inszenierungen der „Post-Demokratie“ ihren Platz. Je mehr Politik an materieller Reaktionsfähigkeit verliert desto mehr muss sie zur Unterhaltung werden, je mehr ihre disponiblen Ressourcen schwinden desto weniger dürfen ihre Bürger von ihr erwarten und desto weniger erwarten sie dann auch. Damit schrumpft dann der Kern des demokratischen politischen Systems und ändert zugleich seine Gestalt, während sein ausgegliederter Rand immer größer wird. Daher auch mein demokratiepolitischer Appell: Wir brauchen Freiräume, um reagieren zu können. Denn die Unentbehrlichkeit der öffentlichen Gewalt für die Funktionsfähigkeit einer privatkapitalistischen Wirtschaft, ich denke, die ist unbestritten. Darauf verweist auch der § 1 des Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetzes. Dieser lautet: „Bei der Haushaltsführung ist auf die konjunkturelle Entwicklung, vor allem auf die Beschäftigungs- und Auftragslage im Land Kärnten Bedacht zu nehmen.“ Die völlig geänderten Rahmenbedingungen bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2015 haben daher ein Abgehen vom Kärntner Budgetkonsolidierungsgesetz erforderlich gemacht. Das Budgetkonsolidierungsgesetz 2012 war damals unter den prognostizierten Einnahmen eine richtige Festlegung. Wenn man aber zurückblickt, von welchen Einnahmen man ausgegangen ist, dann zeigt sich, dass bei der zweiten Änderung des Budgetprogrammes, welche im Dezember 2011 dem Landtag vorgelegt wurde, angenommene Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 2015 aufgezeigt wurden, die von einer weitaus höheren Entwicklung des nominellen Bruttoinlandsprodukts ausgegangen sind. Damals wurde für das Jahr 2012 für die Einnahmenentwicklung ein Plus von 4,1 Prozent vorgesehen, für 2013 ein Plus von 4 Prozent, für 2014 ein Plus von



**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

4,4 Prozent und auch für 2015 ein Plus von 4,4 Prozent. Werte, von denen wir heute nur träumen können. Gleichzeitig wurde damals bei der Beschlussfassung des Gesetzes im Dezember 2011 auch angenommen, dass von Seiten des Bundes zusätzliche Steuereinnahmen fließen – ich erwähne die Finanztransaktionssteuer, die nicht umgesetzt wurde. Die nach Kärnten fließenden Ertragsanteile wurden zum damaligen Zeitpunkt mit 1.093 Millionen Euro angesetzt. Heute sind es lediglich 1.030 Millionen. Das sich daraus ergebende Einnahmen-Delta beträgt 63,6 Millionen Euro. Wären also die damaligen Schätzungen der Einnahmen zum Tragen gekommen, hätte man unter Zugrundelegung der gleichen Sparmaßnahmen heute nicht nur ein ausgeglichenes Budget, sondern nach ESGV-Kriterien auch einen Budgetüberschuss. Festzuhalten ist daher, dass die im Jahr 2011 für 2015 ins Auge gefassten Budgetziele, nämlich die Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes, im Landesbereich ein Einsparungsvolumen von € 55,78 Millionen erfordert hätten. Das wäre nur zu realisieren gewesen, wenn wir massiv bei Investitionen gespart hätten, im Straßenbaubereich, im Wohnbaubereich, bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen. Das heißt, ein Sparpaket, das genau im Widerspruch zu meinen eingangs gemachten Ausführungen einer sinnvollen Sparpolitik, die die Konjunktur nicht weiter schädigt, steht. Also haben wir uns darauf verständigt, dass wir nicht das Nulldefizit im Landeshaushalt erreichen möchten, sondern die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes für das Jahr 2015 einzuhalten sind. Aber auch diese Zielerreichung hat es notwendig gemacht, dass wir im Budget 2015 Einsparungen von 34,4 Millionen Euro bewältigt haben. Die Referentinnen und Referenten haben sich alle bemüht, und es wurden zumeist die Einsparungsziele erreicht. Und auch das ist ein neuer Stil in der Kärntner Landespolitik. Dort, wo Einsparungen von einzelnen Referenten nicht erreicht werden konnten – und vollkommen egal, ob diese der Zukunftscoalition angehören oder nicht – haben andere mit erhöhten Sparvolumina dazu beigetragen, dass letztendlich das gemeinsame Budgetziel auch erreicht werden konnte. Wie gesagt, das gilt auch für Referenten, die nicht Mitglied der Koalition sind.

Und wenn es heute Kritik gibt, dass das Gesetz geändert werden muss – die Kritik hätte es in

jedem Fall gegeben. Die Gleichen, die jetzt kritisieren, wir erreichen das Nulldefizit nicht, die hätten kritisiert, dass bei den Investitionen zu viel gekürzt wird, wenn wir das Nulldefizit erreicht hätten. Und wenn ich vor die Wahl gestellt bin, ob ich dafür kritisiert werde, dass ich einen sinnlosen Weg weiterverfolge, nur weil irgendwo eine Null stehen muss, oder ob die Zukunftscoalition gewillt ist, auf neue Herausforderungen und auf Investitionsmaßnahmen zu reagieren, dann sage ich ganz ehrlich, die zweite Kritik halte ich leichter aus. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Aber selbst unter den ungünstigen Voraussetzungen des Fiskal-Regelwerks, das unsere Budgets regelt, haben wir es geschafft, im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung Impulse zu setzen, und zwar Impulse im Sinne der eingangs zitierten volkswirtschaftlichen Theorien. Wir haben es geschafft, im strukturellen Defizit des Landes in der Lücke zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben erfolgreich unterwegs zu sein. Seit 2013 erwirtschaften wir einen Überschuss im engeren Landeshaushalt bei den Einnahmen und Ausgaben. Probleme bereitet uns der Schuldenabbau, da realisierte Einsparungspotentiale regelmäßig durch Einnahmefälle konterkariert werden. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, mit welchen Schwankungen wir in der Haushaltsplanung konfrontiert sind. Allein bei der Gestaltung des Nachtragsvorschlages für das Jahr 2014 haben wir gemeinsam mit der Finanzabteilung sehr optimistisch bis November 2014 davon ausgehen können, dass es rund 20 Millionen Euro an Mehreinnahmen sein werden. Dann sind sehr dramatisch die Einnahmen eingebrochen, und letztendlich konnten wir 13 Millionen Euro an Mehreinnahmen binnen weniger Wochen einstellen. Das zeigt, dass die Schwankungen, verbunden auch mit nicht allzu optimistischen Zukunftsprognosen der Wirtschaftsentwicklung zum einen einen restriktiven Sparkurs in den Verwaltungsausgaben, aber zum anderen auch Impulse im investiven Bereich fortsetzen. Wenn wir einen Blick zurückwerfen, dann sehen wir, dass in den Jahren 2010 und 2011 die Ausgaben noch regelmäßig die Einnahmen des Landes überstiegen haben, auch im engeren Bereich der Landesverwaltung. Hinzu kommt noch, dass regelmäßig das Budget mit kreativen Lückenschlüssen auch etwas beschönt

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

wurde. Ich erinnere an die LIG-Konstruktion, für die wir jetzt laufend Mieten zahlen, den Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen, wo uns heute die Einnahmen fehlen, an die KABEG-Liegenschaftstransaktionen, die unser Budget ebenfalls jährlich belasten. Das heißt, aus diesen lukrierten Einmalzahlungen werden wir noch geraume Zeit Mieten und Rückzahlungen zu leisten haben, die unsere laufenden Budgets auch belasten.

Auf der Basis der zuvor erwähnten Tatsachen war es daher wichtig, im Einnahmen-/Ausgabenhaushalt diese Lücke zu schließen. Das haben wir geschafft. Wir haben auch Spielräume geschaffen, um in Krisenzeiten bildungs- und forschungspolitische, sozial- und gesundheitspolitische, wirtschaftliche und infrastrukturelle Anforderungen zu bewältigen.

Trotz massiver Einsparungen ist es uns gelungen, im Vergleich Rechnungsabschluss 2013 zu Landesvoranschlag 2015 128 Millionen Euro einzusparen. Das ist zum Teil noch um die Kreditübertragungen zu bereinigen, aber rund 100 Millionen Euro in drei Voranschlägen einzusparen, ohne den Menschen in diesem Land wirklich zu schaden, ohne in der Infrastruktur und in der Konjunktur Einbrüche noch weiter zu verschlimmern, ich denke, das ist eine Leistung, auf die wir alle gemeinschaftlich stolz sein können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Grünen-Fraktion.)*

Bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2015 sind wir – sozusagen als Vorgriff auch auf die Haushaltsreform – neue Wege gegangen. Es war früher so, dass sich der Finanzreferent in jeder Einzelposition bei jedem Referenten, bei jedem Regierungsmitglied eingemischt hat. Das mache ich nicht mehr. Die Referentinnen und Referenten bekommen Ausgabenobergrenzen und Einnahmenuntergrenzen, innerhalb derer sie frei gestalten können nach den Prinzipien der Wirkungsorientierung. Das bedeutet mehr politische Gestaltungsmöglichkeit, aber mehr Rechte bringen auch mehr Pflichten mit sich, Verantwortung zur Einhaltung auch des eigenen Budgets.

Die Anforderungen an die Abteilungen und an die politischen Referentinnen und Referenten im Sinne der Wirkungsorientierung werden geschärft, und bis zum Jahr 2017 werden wir bei der Umstellung unseres Budgets so weit sein,

dass wir auch einen entsprechenden Niederschlag in den Landesbudgets finden.

Was mich sehr freut: Mit einer neuen Kultur der Budgetdebatte wurde bereits im letzten Jahr begonnen. Und ich bin zuversichtlich, dass auch der Landesvoranschlag 2015 – zumindest von den meisten Abgeordneten – sachlich diskutiert wird und die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Budgetdebatte der Zukunft wird nicht eine Diskussion über einzelne der tausenden Voranschlagsstellen sein, sie wird darüber geführt werden, welche Ergebnisse wir in den einzelnen Politikfeldern unter Einsatz welcher Ressourcen erzielen wollen. Das wird eine unheimlich spannende und qualitativ hochwertige Debatte, und auf diese freue ich mich.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen habe ich schon erwähnt, sie werden nicht leichter. Im März des heurigen Jahres hatten wir noch eine Schätzung des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes von 1,7 Prozent, im Juli revidiert auf 1,4 Prozent, jetzt liegen wir bei 0,8 Prozent. Für das nächste Jahr haben wir eine Prognose von 1,2 Prozent, und die Konjunkturbelebung 2015 im Bereich der privaten Haushalte wird – um es nett zu formulieren – verhalten ausfallen. Umso wichtiger ist es, dass Impulse aus den öffentlichen Haushalten kommen. Und auch hier können wir bereits Erfolge vorweisen. Ich nehme nur die Bauwirtschaft heraus. Im ersten Halbjahr 2014 sind 52 Prozent der Bauproduktion aus Investitionen der öffentlichen Hand bedeckt worden. Die Privatinvestitionen im ersten Halbjahr sind leider um 22,5 Prozent zurückgegangen. Die öffentliche Hand hat diesen Rückgang mit einem Zuwachs von 30 Prozent kompensiert. Das heißt, in Zeiten konjunktureller Probleme sind wir alle gefordert, öffentliche Mittel so einzusetzen, dass die Konjunktur in Kärnten gefördert wird.

Die Eckdaten des Budgets 2015 darf ich Ihnen in einigen Kennziffern präsentieren. Wir haben laufende Einnahmen in der Größenordnung von € 2.159.678.800,-- nach den Kennzahlen des ESVG. Laufende Ausgaben von 2.046.607.500,-- Euro stehen dem gegenüber. Das bedeutet im Bereich der Einnahmen-/Ausgabenrechnung, wie schon erwähnt, einen Überschuss von 113 Millionen Euro. Unsere Vermögensbilanz ist leider negativ mit 131 Mil-

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

lionen Euro, was insgesamt 17,9 Millionen Euro Abgang nach ESVG bewirkt. Wir können das noch bereinigen um die Zinsabgrenzungen von € 2,2 Millionen, was ein Maastricht-Ergebnis des Landes nach ESVG von minus € 15,7 Millionen bewirkt. Dazu kommen die Ausgaben für die ausgegliederten Rechtsträger in der Größe von 15 Millionen Euro und das KABEG-Ergebnis, das sich im Landesbudget mit 5 Millionen Euro niederschlagen wird, summiert ein Maastricht-Ergebnis nach ESVG von minus 35,7 Millionen Euro.

Die Vorgabe sind 40,7 Millionen Euro als Obergrenze. Das heißt, das Land Kärnten leistet rund 5 Millionen Euro an Maastricht nicht realisierten Abgängen, die wir für den Bund auch zur Erreichung der Stabilitätsziele einbringen können. Wenn man sich jetzt den Rechnungsquerschnitt ansieht, so zeigt sich, dass wir das Maastricht-Ergebnis im Vergleich zum Landesvoranschlag 2014 um 36 Millionen Euro verbessern konnten. Auch das ist etwas, was durchaus ein Erfolg ist in schwierigen Zeiten. Betrachtet man das Maastricht-Ergebnis pro Kopf, so ist feststellbar, dass dieses im Vergleich zum Landesvoranschlag 2014 um € 56,77 pro Kopf verbessert wurde und nun einen Wert von minus € 28,31 aufweist. Der Entwurf des Landesvoranschlages 2015, da die Nettoneuverschuldung immer noch nachgefragt wird nach herkömmlicher Rechnung, weist eine Nettoneuverschuldung von 97,3 Millionen Euro aus gegenüber dem Jahr 2014, da gab es einen Überschuss von 1,64 Millionen Euro. Bereinigt man allerdings den Voranschlag 2014 um die Einnahmen aus Tilgungsrücklagen in der Größenordnung von 136 Millionen Euro und stellt dies dem Landesvoranschlag 2015 gegenüber, in dem es keine Rücklagenauflösung gibt, zeigt sich ein verändertes Bild, denn dann käme man zu einem Abgang im Jahr 2014 von € 134,36 Millionen im Vergleich zu 2015 von € 97,34 Millionen.

Trotz des strikten Konsolidierungskurses gibt es nicht unwesentliche volkswirtschaftliche Impulse, die ich mit ein paar Zahlen näher dokumentieren möchte. Als erstes der Bereich des Straßenbaus. Bei der Erhaltung und Erneuerung von Landesstraßen gibt es eine Reduktion von 25 auf 24 Millionen Euro, die jedoch aufgefangen wird durch den Nachtragsvoranschlag 2014, in dem diesem Budgetbereich 2 Millionen Euro mehr zugeführt worden sind. Der Bereich des Stra-

ßenbaus/Infrastrukturmaßnahmen mit € 8,5 Millionen ist weitgehend unverändert. Ich bedanke mich wirklich beim Straßenbaureferenten – auch wenn ich weiß, dass wir seine Zustimmung zum Budget nicht bekommen – für die konstruktive Mitarbeit und für das Bemühen, dass im investiven Bereich die Ausgaben unverändert bleiben und im Verwaltungsbereich und im Bereich von Grundstücksablösen und Ähnlichem entsprechend eingespart wird!

Investitionen wird es geben im Bereich der Kinderbetreuung. Hier wurde ein investiver Schwerpunkt gesetzt. Ich habe eingangs erwähnt, Investitionen in die Bildung sind die besten Investitionen, die wir setzen können. So werden im Rahmen der fachspezifischen Unterstützung rund 29,36 Millionen Euro, also 7,7 Millionen Euro mehr als im Jahr 2014, eingesetzt. Für den Bereich der Kindertagesstätten werden € 17,084 Millionen eingesetzt, was einer Erhöhung von 2 Millionen Euro entspricht. Für die Energieförderung des Landes wurden 2015 6,4 Millionen Euro angesetzt, und wir haben es mit Landesrat Rolf Holub gemeinsam geschafft, im heurigen Jahr noch 2,5 Millionen Euro für Rückzahlungen aufzustellen. Das ist Geld, das im nächsten Jahr bereit steht, um Maßnahmen im Rahmen des Energiemasterplans zu setzen. Auch das ist sinnvolle Budgetpolitik, Ausgaben so zu planen, wie es budgetmäßig ganz einfach auch am besten möglich ist.

Der Regionalfonds wird 2015 mit 10,4 Millionen Euro dotiert, der Schulbaufonds mit 17,7 Millionen Euro, was eine Erhöhung um rund 1 Million Euro darstellt. Das ist ein logischer Zusammenschluss mit dem Bildungsschwerpunkt. Landeshauptmann Peter Kaiser betont immer, dass Schulen nicht nur Lern-, sondern Lebensräume sein sollen und müssen. Dazu gehört auch die entsprechende räumliche Ausgestaltung. Das ist der Schwerpunkt, den wir im Schulbaufonds setzen. Wenn ich hier so in die Runde schaue, dann sehe ich ganz viele Gemeinden, die Impulsgeber sind, mit denen wir gemeinsam neue Schulprojekte umgesetzt haben, egal ob das Moosburg oder Sittersdorf ist. Ich denke, die Kinder fühlen sich dort wohl. Wir sind auch entsprechend prämiert worden für die beste Ausgestaltung der Unterrichtsräume mit modernen Konzepten, in denen Lernen dann auch Spaß macht.

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Es gibt mehr Geld für den Bereich des Schutzwasserbaus, weil wir dort auch Bundesmittel abholen können und mehr Impulse nach Kärnten bekommen. Das Gleiche gilt für den Bereich der Wohnbauförderung. Hier ist ein absoluter Schwerpunkt im Jahr 2015. Wir haben hier eine Ausgabenerhöhung von 24,5 Millionen Euro. 2014 betrug die Wohnbauförderung 149 Millionen Euro, 2015 174 Millionen Euro. Der Schwerpunkt ist der mehrgeschossige Wohnbau. Der Schwerpunkt auch des Wohnbauförderungsempfehlungsprogrammes für die Jahre 2014, 2015 und 2016 wird im Jahr 2015 sein mit Wohnungen in ganz Kärnten, der dem Gesichtspunkt nach leistbarem, adäquat hochwertigem Wohnraum auch entsprechend Rechnung trägt. Im Rahmen des Arbeitsmarktes werden seitens des Landes 8 Millionen Euro für den Territorialen Beschäftigungspakt aufgebracht. Gerade in Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt nicht gerade floriert, ist es notwendig, den Menschen auch eine Perspektive zu bieten. Gemeinsam mit dem AMS belaufen sich diese Mittel auf 36 Millionen Euro, die wir für den sogenannten „Zweiten Arbeitsmarkt“ für Beschäftigungsprojekte, für viele Projekte gemeinsam mit den Kärntner Gemeinden – ich denke hier nur an das Radwegpflegeprojekt – umsetzen können, bei der letzten Pressekonferenz gemeinsam mit Gemeindevertretern, wo geschildert wurde, wie es den Menschen geht, die nach langer Arbeitslosigkeit die Chance bekommen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen, ich glaube, ein schöneres Qualitätszertifikat für die Maßnahmen kann man gar nicht ausstellen. Viele davon, 80 Prozent, schaffen dann auch den Sprung in den „Ersten Arbeitsmarkt“.

Nichtsdestotrotz gibt es einen Auftrag von mir, die Maßnahmen im Arbeitsmarktbereich zu evaluieren. Wir hatten eine erste Evaluierungsstudie im letzten Jahr zum Bereich der Wohnbauförderung, aus der Rolf Holub und ich gemeinsam wichtige Schlüsse und Weichenstellungen entnommen haben, wo wir Mieteinnahmen-Effekte reduziert haben und Mittel gezielt einsetzen möchten. Diese gleiche Studie wird es auch als Wirkungsorientierung für den Bereich der Arbeitsmarktmaßnahmen geben, denn in arbeitsmarktmäßig schwierigen Zeiten muss jeder Cent auch dementsprechend effizient und effektiv eingesetzt werden.

Wir bekennen uns zur Forschung in Kärnten. Wir haben forschungswirksame Ausgaben in der Größenordnung von 18,6 Millionen Euro im Budget 2015 und zusätzlich 1,7 Millionen Euro für EU-Kofinanzierungen. In diesen Beträgen sind dabei die Beträge für die Fachhochschule, für unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie das CTR, Lakeside Labs, K-Wood. Ein Projekt, das im nächsten Jahr neu starten wird: Wir haben es geschafft, auch eine Niederlassung des Joanneum Research nach Kärnten zu bringen, weitere Arbeitsplätze, die hochqualitativ in Kärnten umgesetzt werden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.*) Die Schwerpunkte im Bereich Forschung und Entwicklung sind in folgenden Bereichen. Unsere ambitionierte Zielsetzung ist es, dass Kärnten in den nächsten zehn Jahren im Alpen-Adria-Raum zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen wird, dass wir den Alpen-Adria-Raum zu einer echten, grenzüberschreitenden Modellregion machen, grenzüberschreitend mit der Steiermark, wenn ich an das Joanneum Research denke, aber auch mit Slowenien und Oberitalien, weil wir nur als Region langfristig erfolgreich sein werden. Und Kärnten bekommt die Chance auch durch unseren Leitbetrieb Infineon als Innovations-Hotspot für die Industrie 4.0 ausgebaut zu werden. Ich glaube, das sind Schatten der Zukunft, die wirklich vor uns liegen und wo man Freude hat, dass entsprechendes Arbeiten und Gestalten möglich ist. Parallel dazu möchten wir in Kärnten das Klima für Start-Up-Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase verbessern und werden die Instrumente des KWF darauf ausgerichtet, junge Unternehmerinnen und Unternehmer entsprechend zu unterstützen. Es gibt auch erstmalig eine geregelte Förderung der Clusterbildungen, um Excellence-Bereichen in Kärnten, wie zum Beispiel in der Mikroelektronik oder auch im Softwarebereich, einen verlässlichen Rahmen zu geben. Für die EU-Kofinanzierungen sind die erforderlichen Mittel eingestellt, denn wir brauchen die Mittel aus Brüssel, um unsere nationalen Mittel zu verstärken. Aber von meiner Seite auch ein klares Bekenntnis, es müssen nachhaltige Projekte sein, die in die Gesamtplanung unseres Bundeslandes passen, die letztendlich irgendwann lebensfähig sind ohne Fördermittel und eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes bewirken. Das Gleiche gilt für den Bereich der Interreg-Projekte. Auch hier

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

sind die entsprechenden Mittel vorgesehen. In der Größenordnung von 56,8 Millionen Euro stehen Mittel für das Programm „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ zur Verfügung. Die Schwerpunkte des Programms IWB sind Forschung, technologische Entwicklung und Innovation, die Wettbewerbsfähigkeit von KMUs sowie die CO<sub>2</sub>-Reduktion. Ein Thema, das wir gemeinschaftlich in Kärnten entwickeln, ist der Ausbau des Breitbands. Wir haben die Planungen in der Schublade, wir sind fertig. Wir warten auf die Mittelfreigabe durch den Bund und werden dann in der ersten Reihe stehen, um die Bundesmittel auch nach Kärnten zu bekommen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)*

Wir sind im guten Verbund auch mit anderen Bundesländern, die sich Gedanken darüber machen, wie diese Infrastruktur ausgebaut werden soll, nämlich dass hinkünftig so wertvolle Dinge wie Leitungsnetze, Infrastruktur im Besitz des Landes verbleiben sollen und private Anbieter diese Leitungsnetze dann anmieten können zur Zurverfügungstellung ihrer Leistungen. Im Budgetausschuss zum Nachtragsvoranschlag 2014 wurde ich von einem der Abgeordneten gefragt, wie viele Spielräume wir haben und was wir uns im Landesbudget noch leisten können. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Einnahmen zurückgehen, kommt dieser Frage, nämlich der politischen Schwerpunktsetzung, und Budget ist das in Zahlen gegossene politische Wollen eines Landes, besondere Bedeutung zu. Die Frage kann daher nicht lauten, was können wir uns noch leisten, sondern was ist für die Menschen in unserem Land, für ihre Zukunft von besonderer Bedeutung. Dazu braucht es das Bekenntnis aller Kräfte in diesem Land innerhalb und außerhalb der Politik, dass Zukunftsthemen absolute Priorität haben und auch die Finanzströme entsprechend zu lenken sind. Die Sanierung eines Landeshaushaltes ist kein bequemer Weg. Er ist auch nicht angenehm. Aber solide Haushalte mit gesicherten Investitionsvolumina schaffen eine nachhaltige Finanzpolitik und damit Vertrauen in die Nachhaltigkeit von Reformen. Sie sind die Grundlage für die Bereitschaft von Unternehmern und Verbrauchern, zu investieren. Nur dadurch entsteht nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Dies gilt gerade in einem Umfeld weltpolitischer Instabilitäten. Der Schlüssel ist also eines, der

Schlüssel ist Vertrauen. Denn das Vertrauen in einen Wirtschaftsstandort ist so wie das Vertrauen in eine Aktie, zumindest 50 Prozent Psychologie. Im Moment erleben wir eine Phase von Unsicherheiten, von geopolitischen Risiken, Volatilität auf den Finanzmärkten, Nervosität der Finanzmärkte. Gerade in solchen Zeiten ist verlässliche Politik ein elementarer Standortfaktor. Der Landesvoranschlag 2015 steht für Kontinuität in wichtigen Bereichen wie bei investiven Maßnahmen und sozialen Leistungen, für Innovation im Bereich Forschung und Entwicklung und den Ausbau von Bildungseinrichtungen vom Kleinkind bis zu den Forschungseinrichtungen. Der Landesvoranschlag 2015 steht aber auch für notwendige Veränderungen im Verwaltungsbereich und in den Landesgesellschaften, die verschlankt und in denen Strukturreformen umgesetzt werden. Die Zielsetzung ist klar, sie ist ambitioniert, aber klar. In den nächsten 15 Jahren wird Kärnten zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen Europas und im Alpen-Adria-Raum zu einer echten, grenzüberschreitenden Modellregion. Ich bin mir ganz sicher, dass wir das erreichen. Dazu brauchen wir vor allem eines, das gemeinsame Bekenntnis zu dieser grundsätzlichen Zielsetzung. Dazu sind wir alle gefordert, Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten, Meinungsbildner in diesem Land. Wie stark können wir eine Kultur der Kooperation, der Solidarität und des Vertrauens entwickeln? Ich meine nicht bedingungsloses, unkritisches Vertrauen, das oft mehr in Ängsten als in Überzeugungen gegründet ist – und eine Anmerkung – das hatten wir schon in Kärnten. Ich meine Vertrauen mit unterschiedlichen Zugängen, mit unterschiedlichen Weltanschauungen und konstruktiver Kritik, aber in konsequenter Einigkeit, wenn es darum geht, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Das müssen wir lernen. Das politische Klima der Vergangenheit hat allzu oft nach dem Prinzip „divide et impera“ funktioniert. Die Formel der Zukunft kann nur lauten, „unitas via diversitas“. Sehen wir nach vorne mit der Vorstellung, dass wir etwas Gemeinsames vor uns haben, für das es sich lohnt, auch zu arbeiten! Und dann würde das zweite Bild in der Parabel Kafkas anders aussehen: Der Schutzmann würde antworten, „es gibt mehrere Wege, lass uns gemeinsam den besten finden“, und sie würden ein Stück des Weges gemeinsam

**Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

gehen. (Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Grünen-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzte Finanzreferentin! Danke für diese durchaus umfassende und auch sehr konzentrierte Budgeteinbegleitung! Meine sehr geschätzten

Damen und Herren, wir werden ja Gelegenheit haben, dann in den Landtagssitzungen am 18., 19. und erforderlichenfalls auch 20. Dezember die entsprechenden Debatten und Beratungen zum Budget hier im Hohen Haus zu führen. Ich darf nun den Herrn Dr. Primosch bitten, noch schnell die eingegangenen Anträge zu verlesen. Bitte darum!

**Mitteilung des Einlaufes**

Schriftführer **Mag. Dr. Primosch**:

Folgende Anträge gemäß § 16 K-LTGO sind eingelangt:

A) Anträge:

**1. Ldtgs.Zl. 51-8/31:**

**Antrag von Abgeordneten des Grünen-Klubs betreffend Unterstützung der Bauern/Bäuerinnen im Gört-schitztal**

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

**2. Ldtgs.Zl. 66-6/31:**

**Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Flexibilisierung der Altersgrenze im aktiven Feuerwehrdienst**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Folgende Anfragen gemäß § 22 K-LTGO sind eingelangt:

B) Schriftliche Anfragen:

**1. Ldtgs.Zl. 51-9/31:**

**Schriftliche Anfrage der Abgeordne-**

**ten Dr. Prasch und Rutter an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend HCB-Umweltskandal**

**2. Ldtgs.Zl. 51-10/31:**

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Prasch und Rutter an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner betreffend HCB-Umweltskandal**

**3. Ldtgs.Zl. 51-11/31:**

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Prasch und Rutter an Landesrat Dipl.-Ing. Bengner betreffend HCB-Umweltskandal**

**4. Ldtgs.Zl. 51-12/31:**

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Prasch und Rutter an Landesrat Holub betreffend HCB-Umweltskandal**

Herr Präsident, dies war der gesamte Posteinlauf!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Dr. Primosch, ich möchte mich sehr, sehr herzlich bedanken, dass Sie mir auch als Rechtsbeistand in Vertretung des Herrn Landtagsdirektors Mag. Weiß zur Verfügung gestanden sind! Danke schön! Ich möchte mich bei den Steno-

---

**Ing. Rohr**

graphinnen sehr herzlich bedanken! (*Beifall im Hause.*) Heute hat es nicht so lange gedauert, aber es kommen dann drei Budgettage, wo intensiv diskutiert wird. Ich darf noch einmal darauf verweisen, Konstituierung des Untersuchungsausschusses jetzt unmittelbar im An-

schluss an die Sitzung und danach dann die eingeladene Finanzausschusssitzung. Ich schließe die heutige Landtagssitzung, wünsche Ihnen noch gute Beratungen, eine gute Heimfahrt und dass wir uns das nächste Mal gesund wiedersehen! Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön!

**Ende der Sitzung: 17.47 Uhr**